

Fragiles Vertrauen - Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise

Reinhardt, Darius; Friedrich, Hannah; Mullis, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reinhardt, D., Friedrich, H., & Mullis, D. (2022). *Fragiles Vertrauen - Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise*. (PRIF Reports, 5). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://doi.org/10.48809/prifrep2205>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG



DARIUS REINHARDT // HANNAH
FRIEDRICH // DANIEL MULLIS

**FRAGILES VERTRAUEN –
ZWISCHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN UND
POLITIKVERDROSSENHEIT**
JUGEND UND DEMOKRATIE IN ZEITEN
DER CORONA-KRISE

PRIF Report 5/2022

**FRAGILES VERTRAUEN – ZWISCHEN SOZIALEN
BEWEGUNGEN UND POLITIKVERDROSSENHEIT**

JUGEND UND DEMOKRATIE IN ZEITEN DER CORONA-KRISE

DARIUS REINHARDT // HANNAH FRIEDRICH //
DANIEL MULLIS

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

Demonstration von Fridays for Future Frankfurt am 24.9.2021 zur Bundestagswahl unter dem Motto „Wir haben keine Wahl“.

© Protestfotografie.Frankfurt

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).
Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Baseler Straße 27–31

60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 95 91 04-0

E-Mail: reinhardt@hsfk.de, hannah.friedrich@students.uni-freiburg.de, mullis@hsfk.de

<https://www.hsfk.de>

DOI 10.48809/prifrep2205

ISBN: 978-3-946459-74-3

Geschlossene Bildungseinrichtungen, Zugangsbeschränkungen im öffentlichen Raum, Sorgen um ältere Verwandte, beengte Lebensverhältnisse, der Verlust von Autonomie sowie in verstärktem Maße Erfahrungen von häuslicher Gewalt – die Corona-Pandemie hat die Lebensrealitäten von Jugendlichen grundlegend verändert und sie vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Betroffen waren Jugendliche aber nicht alle gleichermaßen. So wurden in Zeiten der Pandemie bereits bestehende soziale Ungleichheiten noch verschärft, was Bildungs- und Teilhabechancen für weniger Wohlhabende weiter beschneidet. Mit diesen Konsequenzen dürfte die Gesellschaft noch lange konfrontiert sein und bestehende Polarisierungen drohen weiter zu vertiefen und zu verhärten. Insgesamt ist es nicht übertrieben herauszustellen, dass die spezifischen Realitäten von Jugendlichen in den Jahren der Pandemie lange Zeit weder gesehen noch angemessen adressiert wurden.

Nicht selten wurde – entgegen der Forschungserkenntnisse – das Bild einer rücksichtslosen Jugend gezeichnet, die sich egoistisch den Schutzmaßnahmen widersetzt, Partys feiert und mit ihrem Verhalten ältere Menschen oder gar die gesamte Gesellschaft gefährdet. Besonders dominant waren diese Erzählungen, als ab Ende Mai 2020 zunächst in Stuttgart und später in Frankfurt am Main (Juli 2020) Zusammenkünfte von Jugendlichen im öffentlichen Raum eskalierten und es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Vor allem Jugendliche mit vermeintlichem „Migrationshintergrund“ wurden hier als die „Troublemakers“ ausgemacht. Deutlich wird, es war weniger die Pandemie *an sich* als die politischen Maßnahmen, die die Bedürfnisse und Notwendigkeiten von Jugendlichen tendenziell übergangen, was ihre Situation zusätzlich erschwerte. Es gibt also einen Zusammenhang zwischen den Erfahrungen der Jugendlichen in Zeiten der Pandemie und Prozessen der Demokratie.

In diesem Report fokussieren wir auf den Komplex Jugend, Corona und Demokratie. Um zu verstehen, welche Auswirkungen die Pandemie in Bezug auf diesen Zusammenhang hatte und weiter hat, haben wir eine Reihe von Jugendstudien ausgewertet und diese in den Dialog mit Debatten um die Krise der Demokratie beziehungsweise der „Postdemokratie“ gebracht. Unser analytisches Verständnis von Politik ist in diesem Report nicht auf parlamentarische Politik und/oder Politik im Rahmen von staatlichen Institutionen beschränkt, sondern umfasst auch Engagement aus der Zivilgesellschaft. Wir legen dar, dass eine gewisse Politikverdrossenheit unter Jugendlichen schon vor der Pandemie zu beobachten war. Unserer Einschätzung nach hat die Corona-Krise einerseits diese Ohnmachtserfahrungen und Vertrauensverluste gegenüber der Politik verstärkt. Andererseits wurden Formen des politischen Engagements gerade in sozialen Bewegungen, die schon vor der Pandemie mehr Bedeutung gewonnen hatten, wie etwa *Fridays for Future* oder in antirassistischen Initiativen fortgesetzt. Was wir also beobachten, ist eine gesteigerte Gleichzeitigkeit von Entpolitisierungs- und Politisierungstendenzen.

Da Demokratie aber weitestgehend an das Prinzip der Repräsentation gekoppelt ist, sehen wir die Gefahr, dass das gesteigerte Engagement zu Frustrationen mit demokratischen Prozessen führen kann, wenn es keine Wirksamkeit entfalten kann. Politisches Interesse und Engagement müssen also nicht per se Zuspruch zu oder Engagement in den bestehenden demokratischen Institutionen bedeuten. In den Erfahrungen der Pandemie sehen wir innerhalb der Jugend allgemein eine Tendenz der verstärkten Frustration über die etablierten demokratischen Prozesse, was langfristig negative Folgen haben könnte. Vier Aspekte sehen wir als zentral, soll eine demokratische Integration gelingen:

Erstens findet die Politisierung Jugendlicher maßgeblich außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie statt, beispielsweise in sozialen Bewegungen auf der Straße oder in Meinungsäußerungen in den sozialen Medien. So entsteht eine Lücke zwischen den gelebten demokratischen Praktiken Jugendlicher auf der einen und den demokratischen Institutionen auf der anderen Seite. Die bestehenden Institutionen stehen somit vor der Aufgabe, sich selbst zu demokratisieren und für die Politikformen der Jugendlichen Teilhabe zu ermöglichen.

Zweitens muss sowohl in der Forschung als auch in der Öffentlichkeit ein zu enges Politikverständnis erweitert werden. In der Beschäftigung mit dem Verhältnis von Jugend und der Krise der Demokratie wird deutlich, dass die starke Fokussierung auf die institutionalisierter Politik den Vorstellungsräum beschränkt, in dem demokratische Praktiken überhaupt gedacht werden.

Daran anschließend bedarf es *drittens* einer Stärkung von Demokratie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Das heißt, dass das Einüben demokratischer Praktiken bereits in der Schule, im Sportverein, in der Universität aber auch im Arbeitsleben aktiv gefördert werden muss. Demokratie sollte nicht länger etwas sein, das nur fern ab in Parlamenten stattfindet und mit den Menschen selbst vermeintlich wenig zu tun hat.

Viertens ist die Jugend nicht homogen. Politisches Interesse und Engagement hängen maßgeblich von sozialer Herkunft und Bildungsgrad der Familie beziehungsweise ihren Bildungslaufbahnen ab. Um der Krise der Demokratie entgegenzuwirken, muss insbesondere auch Jugendlichen aus ärmeren Bevölkerungsteilen verstärkt politische Teilhabe ermöglicht werden.

1. Einleitung	1
2. Jugendliche in der Corona-Krise	3
2.1 Die falsche Erzählung der rücksichtslosen Jugend	3
2.2 Eingeschränkte Jugend	5
3. Krise der Demokratie	7
3.1 Herausgeforderte Demokratie im Wandel der Zeit	7
3.2 Postdemokratie Oder neue Politisierung?	8
3.3 Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit	10
4. Jugend und Demokratie	12
4.1 Unterrepräsentierte Jugend	12
4.2 Politik und Repräsentation aus der Perspektive der Jugendlichen	14
4.3 In der Pandemie gehört werden	16
4.4 Politische Beteiligung	19
4.5 (Rechts-)populistische Jugend?	21
4.6 Partizipation jenseits der Institutionen der repräsentativen Demokratie	23
5. Fazit und Ausblick	24
Literatur	27

1. EINLEITUNG

Die langfristigen gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland sind noch immer nicht voll abzusehen, aber erste Tendenzen lassen sich ausmachen. In diesem Report gehen wir der Frage nach, wie Jugendliche¹ die Corona-Pandemie in Deutschland erlebt haben und wie diese Erfahrungen mit der Krise der Demokratie (vgl. Crouch 2008; Manow 2021; Schäfer/Zürn 2021) zusammenhängen. Dabei vertreten wir die These, dass in Zeiten der Pandemie eine scheinbar widersprüchliche Tendenz der Gleichzeitigkeit verstärkt wurde: zum einen Dynamiken der Politikverdrossenheit sowie des Rückzugs aus demokratischen Prozessen und zum anderen das verstärkte Engagement in sozialen Bewegungen wie *Fridays for Future* oder in antirassistischen Initiativen. Unser analytisches Verständnis von Politik ist deshalb nicht auf Politik im Gefüge von Parlamenten und Parteien beschränkt, sondern umfasst auch Engagement aus der Zivilgesellschaft.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie folgten weitestgehend der Maxime, die Wirtschaft so gut wie möglich laufen zu lassen. Einschränkungen erfolgten primär bei Kontakten im öffentlichen Raum, geschlossen bzw. eingeschränkt wurden partiell und immer wieder kulturelle Einrichtungen, Geschäfte, Gastronomiebetriebe, der Breitensport sowie Schulen und Kitas (Janson 2021). Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben demnach verschiedene Teile der Gesellschaft höchst ungleich getroffen und zu differenzierten Problemlagen geführt. Insbesondere wurden die Unterschiede entlang von *race*, Geschlecht und Klasse sowie deren intersektionale Verwobenheit hervorgehoben (vgl. Birke et al. 2021, Mullis 2021). Weniger Beachtung fand hingegen die Betroffenheit in Bezug auf die Generationenzugehörigkeit.

Angesichts der erhöhten Vulnerabilität und des gesteigerten Risikos wurden die Belange von älteren Menschen schon früh thematisiert. Lange Zeit verkannt wurden hingegen die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen junger Menschen, deren Alltag von erheblichen Einschnitten betroffen war: Im Homeschooling isoliert, ohne unmittelbare Kontakte zu Peers, ohne Sport- und Freizeitangebote sowie um Möglichkeiten beschnitten, Zeit außer Haus zu verbringen. Die Betroffenheit der unterschiedlichen Generationen ist nicht zu vergleichen. Für ältere Menschen handelte es sich beim Schutz um eine Frage von Leben und Tod. Jugendliche betraf dies weniger, dafür war ihr Alltagsleben umso härter eingeschränkt – dies gilt es anzuerkennen. Wenn Belange von jungen Menschen dennoch angesprochen wurden, dann primär in der Sprache von Lerndefiziten, die es zu kompensieren gelte (Schnaas 2021). Während der Pandemie wurden Jugendliche zudem immer wieder als rücksichtslose Infektionstreiber:innen dargestellt, insbesondere nachdem es in mehreren Städten in Deutschland zu Ausschreitungen von Jugendlichen im Zuge der polizeilichen Durchsetzung von Alkoholverboten und Sperrstunden auf öffentlichen Plätzen gekommen war. Dass hier eine ganze Generation psychische und emotionale Herausforderungen bewältigen musste – wenn auch je nach sozialem Status und formalem Bildungsgrad in unterschiedlichem Maße – wurde nur sehr selten anerkannt.

¹ Wie wir weiter unten noch ausführen werden, definieren wir Jugend nicht über eine Altersspanne, sondern verstehen Jugend bzw. Adoleszenz als eine Lebens- und Statuspassage zwischen Kindheit und Erwachsensein, die maßgeblich von spezifischen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren bestimmt ist.

Der Begriff „Jugendliche“ wird in der Forschung sehr unterschiedlich und oftmals synonym mit dem Lebensabschnitt der „Adoleszenz“ verwendet (King 2020: 39). Dies gilt auch für die empirischen Studien, die wir in diesem Report zitieren. Hier wird Jugend meist über (recht unterschiedliche) Altersspannen definiert: Die untere Altersgrenze der Befragten schwankt dabei zwischen 12 und 14 Jahren (bzw. wurden im 16. Kinder- und Jugendbericht sogar Kindergartenkinder einbezogen), die obere zwischen 17 und 30 Jahren.² An dieser Stelle bestimmen wir Jugend bewusst nicht über eine eindeutige Altersgrenze, sondern als Lebensphase, die über spezifische kulturelle, wirtschaftliche, ökologische und soziale Faktoren definiert ist (Quenzel/Hurrelmann 2022: 9). Hier ist bedeutsam, dass sich das Verständnis von Jugend historisch vielfach gewandelt hat. Im Zuge des sozialen Wandels in Industriegesellschaften wurde die Lebensphase Jugend historisch stark ausgedehnt (Quenzel/Hurrelmann 2022: 19–21). Der Eintritt ins Berufsleben und/oder in stabile Partner:innenschaften sowie die Familiengründung erfolgen zumeist später, was mit einer längeren Freistellung von sozialen und strukturellen „Zwängen“ einhergehen kann (Gille 2021: 413). Damit hat die Bedeutung von diesen „klassischen Endpunkten“ von Jugend ebenfalls abgenommen (King 2020: 39). Im Zuge der Pluralisierung von Lebensformen und der voranschreitenden Individualisierung haben sich die Handlungsspielräume in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen dermaßen vergrößert, dass die Übergänge zwischen den Lebensabschnitten immer offener bzw. fließend wurden (Quenzel/Hurrelmann 2022: 18, 33–41). Die Lebensphase Jugend ist damit bestimmt durch eine „Mischung aus eingeschränkter ökonomischer Selbstständigkeit und großzügiger soziokultureller Freiheit“ (Quenzel/Hurrelmann 2022: 23), die als Statuspassage zwischen der Kindheits- und Erwachsenenphase erlebt wird. Prägnant für die Lebensphase Jugend ist zudem, dass die politische und gesellschaftliche Sozialisation noch nicht abgeschlossen ist. Deutlich wird, dass Jugend als Lebensphase sowohl individuelle psychologische Entwicklungen umfasst als auch gleichzeitig in einem sozialen Rahmen stattfindet, der maßgeblich die Adoleszenzprozesse bestimmt, diesen Raum gibt oder sie einschränkt. In diesem Sinne hat Jugend auch mit der „Regulation von Generationenverhältnissen“ zu tun (King 2020: 42) und ist so auch für das Fortbestehen demokratischer Praktiken in Alltag und Politik relevant.

In diesem Report wollen wir nun den Blick auf demokratische Prozesse in der Jugend insbesondere in Zeiten der Pandemie lenken. Schon vor Ausbruch der Corona-Krise wurde in Bezug auf die Klimakrise diskutiert, ob die enorme Aufgabe einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft im Angesicht der Klimakrise in einen Generationenkonflikt umzukippen drohe (Spittler 2020). Die Pandemie befeuerte diese Debatte erneut. Kurz vor den Bundestagswahlen 2021 waren diese jedoch nur von kurzer Dauer und ebten schnell ab. Zudem wurden mit Schlagwörtern wie „Generation Greta“, „Generation Merkel“ oder „Generation Z“ die Erfahrung *der* Jugend teils als zu homogen dargestellt. Damit wird verdeckt, dass auch die Präferenzen, Ängste, Sorgen und Hoffnungen der Jugend divers sind und sich auch politisch in der bereits angesprochenen Gleichzeitigkeit von Entpolitisierungs- und Politisierungstendenzen divers ausdrücken. Wir gehen davon aus, dass die Pandemie nicht ursächlich für die Erosion der demokratischen Gesellschaft ist, sie aber als Katalysator wirkt und Prozesse wie unter einem Brennglas verdeutlicht (Mullis 2020).

² Herangezogen haben wir die Shell Jugendstudie (12 bis 25 J.), die TUI Jugendstudie (16 bis 26 J.) und die SINUS-Jugendstudie (14 bis 17 J.), die ersten beiden sind repräsentativ, die letztere nicht. Außerdem haben wir den 16. Kinder- und Jugendbericht (3 bis 27 J.), die JuCo(Corona)-Studien (15 bis 30 J.) sowie die Jugendstudie der Vodafone Stiftung Deutschland (14 bis 24 J.) berücksichtigt.

Im Folgenden nähern wir uns zunächst den Erfahrungen der Jugendlichen in der Pandemie an. Im dritten Kapitel führen wir in die Debatten um die Krise der Demokratie ein und wenden uns dann im vierten Kapitel ausführlich dem Komplex Jugend, Corona-Krise und Demokratie zu. Dabei untersuchen wir sowohl die tatsächliche Rolle junger Menschen in demokratischen Institutionen bzw. vor allem in Parteien und im Bundestag, als auch die Wahrnehmung der Jugendlichen selbst. Dabei wird deutlich, dass Jugendliche sich oft nicht von der Politik repräsentiert fühlen und diese Einschätzung auch ihrer tatsächlichen Repräsentation im Parlament und den Parteien entspricht. Wir zeigen, dass die Corona-Krise Ohnmachtserfahrungen und Vertrauensverluste gegenüber der Politik verstärkt hat, auch wenn dies auf einem langfristigeren Trend der Politikverdrossenheit aufzubauen scheint. Deutlich wird, dass seit einigen Jahren zusehends politisierte Jugendliche in sozialen Bewegungen erfolgreich ihre politischen Anliegen in die Öffentlichkeit tragen. Davon ausgehend zeigen wir, dass es zur Stärkung des politischen Engagements von Jugendlichen vor allem eines erweiterten Verständnisses von Politik bzw. politischem Handeln bedarf, das weniger eng an die Logik der Repräsentation gebunden ist.

2. JUGENDLICHE IN DER CORONA-KRISE

Das von Jugendlichen in der Pandemie gezeichnete Bild war alles andere als positiv. Im bundesdeutschen öffentlichen Diskurs tauchten die Erzählungen einer rücksichtslosen Jugend immer wieder auf, und dies, obwohl es mit dem tatsächlichen Verhalten der Jugendlichen kaum übereinstimmte. Wir werden hier in diesem ersten Kapitel den Erzählungen von Jugendlichen in der Pandemie selbst nachgehen und darzulegen versuchen, wie sie Corona erlebten. Es geht uns dabei auch darum, die spezifische Betroffenheit von Jugendlichen zu benennen.

2.1 DIE FALSCHER ERZÄHLUNG DER RÜCKSICHTSLOSEN JUGEND

Seit Beginn der Pandemie standen Senior:innen und ältere Personen besonders im Fokus. Ausschlaggebend dafür war das deutlich höhere Risiko eines tödlichen Krankheitsverlaufs nach einer Coronainfektion. Dementsprechend wurden Jugendliche aufgefordert, Rücksicht auf die ältere Generation zu nehmen. Gerade Verhaltensweisen jüngerer Menschen wurden als Gefahr für die „Flatten the Curve“-Strategie gesehen. Jugendliche wurden auf Grund anhaltender Sozialkontakte immer wieder als rücksichtslose Treiber:innen der Pandemie adressiert. Dies galt für Schulen und Kinder in Kitas, aber auch, für junge Leute, die sich auf öffentlichen Plätzen und in Parks trafen (und feierten). Mancherorts wurde mittels Sperrstunden und Alkoholverboten hart und restriktiv reagiert. Gleichzeitig standen die Belange von Kindern und Jugendlichen kaum im Fokus der Aufmerksamkeit. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstrich im August 2020, dass alles getan werden müsse, damit Kinder nicht zu den Verlierer:innen der Pandemie würden. Die politischen Konsequenzen blieben ungeachtet der Worte weitestgehend aus (Schubarth 2020). Schlimmer noch, selbst die Bundeskanzlerin reproduzierte das Bild der unvernünftig feiernden Jugend, als sie nach dem Corona-Gipfel mit den Ministerpräsident:innen am 14. Oktober 2020 hervorhob, dass es die Jugend ist, „[...] an die wir jetzt appellieren müssen, lieber heute auf ein paar Feten, Feiern und Partys zu verzichten, um morgen und übermorgen gut leben zu können“ (Zit. nach Spittler 2020: 1).

Wissenschaftlich lassen sich diese Impressionen jedoch nicht bestätigen. Junge Menschen verhielten sich vielmehr, so belegen Studien, ähnlich wie Ältere, entsprechend der Verordnungen sowie ihrer Risikowahrnehmung und hielten sich nur geringfügig weniger an die Schutzvorgaben (Betsch et al. 2020). Ein Großteil der Jugendlichen gab laut der TUI Jugendstudie 2021 im September 2020 an, sich überwiegend oder komplett an die Maßnahmen zu halten, während nur 2% aussagten, dass sie das nicht täten (Spittler 2020). Zudem gaben 68% der Jugendlichen an, den Maßnahmen vor allem zu folgen, um andere zu schützen, auch wenn 54% der Jugendlichen ebenfalls die Wichtigkeit des Eigenschutzes hervorhoben. 2020 empfanden 75% der Jugendlichen die Maßnahmen als angemessen oder gar als nicht ausreichend, während nur 7% sie für übertrieben hielten (TUI Stiftung 2020: 19). Im Verlauf der dritten Welle im Frühjahr 2021 gab die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen (54%) an, die Corona-Maßnahmen als nicht ausreichend zu empfinden und lediglich 16% bewerteten sie als „angemessen“ (TUI Stiftung 2021). Auffällig ist an den Studien lediglich, dass Jugendliche nach dem Wegfall von Einschränkungen schneller wieder mehr Kontakte hatten (vgl. Betsch et al. 2020).

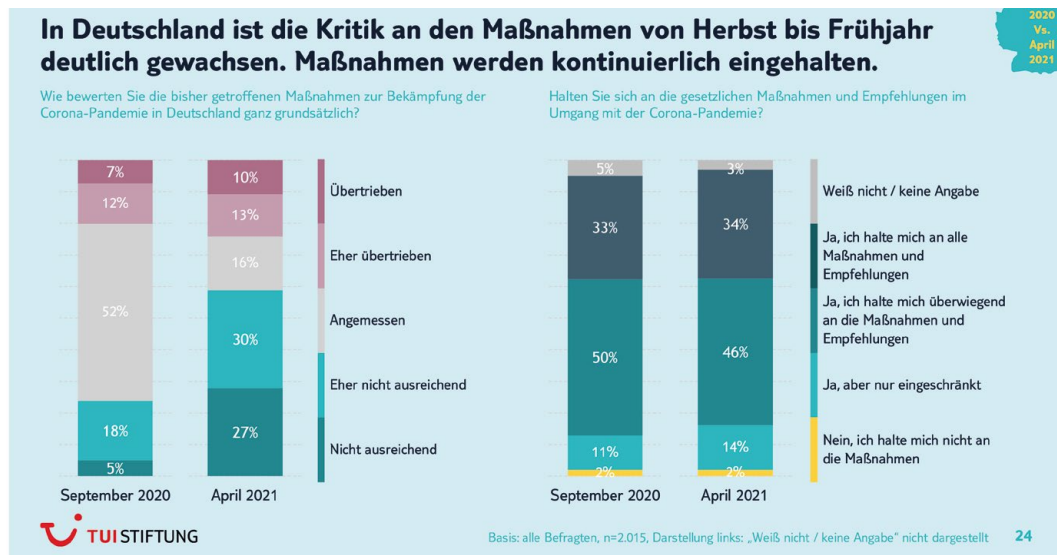


Abb. 1: Basis: alle Befragten, n=2.015, Darstellung links: „Weiß nicht / keine Angabe“ nicht dargestellt (TUI-Stiftung 2021, S. 24. © TUI-Stiftung).

Der öffentliche Diskurs ist jedoch nicht allein falsch, er verdeckt auch, wie sehr junge Menschen von Anfang an von den Einschränkungen betroffen waren. In Deutschland stimmten 75% der Aussage zu, dass es in der Gesellschaft nicht wertgeschätzt werde, dass die Jungen gerade auf vieles verzichten (TUI Stiftung 2021: 42). Die Autor:innen der Studie „Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie“ (JuCo) heben hervor, dass die Jugend besonders von den Einschränkungen des alltäglichen Lebens betroffen war, dies auf Grund von Zugangsrestriktionen zum öffentlichen Raum, der Isolierung zu Hause sowie Homeschooling (JuCo 2021: 28).

2.2 EINGESCHRÄNKTE JUGEND

Jugendliche waren in doppelter Weise stark von den Einschränkungen betroffen: Auf der einen Seite durch direkte Einschränkungen ihres Alltags infolge der Schließungen von Kitas, Schulen, Universitäten, Hochschulen und Ausbildungsstätten sowie den Einschränkungen im Bereich der Freizeitaktivitäten in Sportverbänden, Jugendclubs oder bei Treffen mit Freund:innen. Auf der anderen Seite waren Jugendliche auch oft die Leidtragenden, wenn pandemiebedingt das Familienleben zuhause schwieriger wurde.

Seit Beginn der Pandemie mangelte es an einem stimmigen Konzept für die Fortführung des Kita-, Schul- und Universitätsbetriebs, mit der auch die Gesundheit und das Wohl der jungen Menschen und ihrer Familien geschützt würden. Dies verdeutlicht insbesondere die widersprüchliche Situation von Herbst 2021 bis zumindest ins Frühjahr 2022, als Schulen und Kitas zwar meist offen waren, die Inzidenz in der Altersgruppe 5-14 jedoch um ein Vielfaches die allgemeine überstieg. Wie und ob auf angemessene Online-Formate der Lehre umgestellt wurde, hing maßgeblich vom Engagement des Lehrpersonals ab (Spittler 2020: 3). In einer nicht repräsentativen Umfrage des *Report Mainz* unter 3.000 Lehrkräften im August 2020 gaben 68% der Befragten an, dass ihre Schule kein schlüssiges Konzept für digitalen Fernunterricht erarbeitet habe (tagesschau.de 2020). Dabei wurde die mangelhafte technische Ausstattung ihrer Schüler:innen als häufigstes Problem genannt (84%). 73% sahen die mangelhafte Ausstattung der Schule als Problem. In einzelnen Fällen berichteten Schüler:innen, dass sie im Lockdown geraume Zeit gar keinen Unterricht gehabt hätten und einzig Arbeitsblätter allein abarbeiten mussten (Die Falken Erfurt 2021). Auch an den Universitäten verlief die Umstellung auf Onlineformate in der Lehre vielfach nur schleppend. Die onlinebasierte Lehre konnte die Lernerfahrung in Präsenz kaum ersetzen und bedeutete oftmals erhebliche Belastung für Studierende. Auch hier waren die Belastungen insbesondere für Studierende zu spüren, die bereits vor der Pandemie auf die eine oder andere Weise sozial benachteiligt waren, wie die Studie „Stu.diCo – Studieren in der Pandemie“ belegt (Stu.diCo 2020).

Das Arbeiten von Zuhause wurde von Jugendlichen als besonders belastend empfunden: Während 2020 nur 6% der Erwachsenen ab 27 Jahren dies als zusätzliche Belastung ansahen, empfand jede:r Fünfte der 16- bis 29-Jährigen und sogar 29% der 16- bis 20-Jährigen dies als besonders belastend (Spittler 2020: 3). Der TUI Jugendstudie 2021 zufolge gaben 46% der Jugendlichen in Deutschland an, dass ihre Lebenssituation in der Pandemie schlechter geworden sei, für 41% sei sie gleichgeblieben, für 8% besser als vorher (TUI Stiftung 2021: 15). Jugendliche waren zudem erheblich eingeschränkt in ihren Möglichkeiten, auf alternative, zumeist öffentliche Räume auszuweichen, in denen sie beispielsweise ihre Freund:innen treffen oder lernen können (Schnitzer/Hurrelmann 2021: 5). Jugendliche waren somit nicht allein mit Schließungen konfrontiert. Vielmehr reduzierten die Maßnahmen ihre Möglichkeiten, sich mit Freund:innen auszutauschen, Erfahrungen abseits des familiären Zuhauses zu machen oder Sport im Verein zu treiben (TUI Stiftung 2021: 6, 17). Kurzum, sie betrafen das gesamte Interaktionsfeld junger Menschen und das in einer Lebensphase, in der diese Erlebnisse von besonderem Gewicht sind.

Nicht unmittelbar im Fokus unserer Studie, dennoch relevant scheint uns, dass gerade auch Familien mit kleineren Kindern enormen Belastungen ausgesetzt waren (vgl. Alberth 2022). Auf Grund der späten Impfmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, verharrten Familien lange Zeit in einem pandemischen Ausnahmezustand. Die KiCo-Studie, für die rund 25.000 Eltern befragt wurden, belegte dies schon für die frühe Phase der Pandemie (Andresen et al. 2020). Im Verlauf der Pandemie verschärften sich die Folgen weiter. Die andauernden gleichzeitigen familiären und beruflichen Belastungen (über)forderten Eltern wie Kinder gleichermaßen (vgl. Schubarth 2020). Die Folgen waren sozial-strukturell höchst ungleich verteilt und insbesondere dort spürbar, wo Familien ohnehin strukturell benachteiligt waren oder Mehrfachbelastungen vorlagen. Der COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zufolge, die auf einer bundesweiten Onlinebefragung von 1.000 Kindern und Jugendlichen zwischen 11 und 17 Jahren sowie 1.500 Eltern beruht, berichtet, dass 27% der Kinder und Jugendlichen und 37% der Eltern sich häufiger stritten als vor der Corona-Krise (Ravens-Sieberer et al. 2020). Insbesondere Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss oder einen Migrationshintergrund haben, berichteten von äußerst schwierigen Veränderungen. Besondere Risikofaktoren für junge Menschen seien demnach finanzielle Probleme, beengter Wohnraum und eine fehlende Tagesstruktur.

Wiederum nochmals besonders stark betroffen waren junge Menschen in vulnerablen Lebenssituationen, unter anderem Geflüchtete oder Personen mit psychischen oder physischen (Vor-)Erkrankungen. Elisabeth Kirndörfer (2021) zeigt in Interviews mit jungen Geflüchteten in Leipzig beispielsweise auf, wie der Wegfall von Alltagsorten und sozialen Routinen in der Corona-Krise die Jugendlichen in ihrer ohnehin schon prekären Situation besonders unter Druck gesetzt hat. Die Pandemie hat hier zusätzliche soziale Exklusionsprozesse in Gang gesetzt (JuCo 2021: 14, 18–19). Sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern und Jugendlichen fehlte zudem oft die technische Ausstattung, ein eigenes Zimmer oder Unterstützung (Bertelsmann Stiftung 2021: 10–11). Sie haben der JuCo-Studie zufolge auch ein negativeres Bild der Lage und wollten öfter als der Durchschnitt eigene Ideen zur Corona-Eindämmung einbringen. Die ergriffenen Maßnahmen fanden sie außerdem häufiger übertrieben als gleichaltrige Jugendliche in ökonomisch besser gestellten Haushalten (JuCo 2021: 18–19).

Bei psychischen Problemen war professionelle Hilfe zudem teils nur schwer zu erhalten, da die entsprechenden Einrichtungen stark belastet waren und sind. Gestiegen sind in Zeiten der Lockdowns insbesondere 2020 auch die Fälle von Kindesmisshandlungen und sexuellem Missbrauch (Kahraman 2021). Wichtige Kontrollinstanzen wie Schule oder Kita fehlten. Die mittel- und langfristigen Folgen dieser Belastungen für Kinder und Jugendliche sind noch kaum abzusehen.

Obwohl Jugendliche wesentlich flexibler auf veränderte Umstände reagieren können als Erwachsene und ältere Menschen, haben viele Jugendliche stark unter den pandemiebedingten Einschnitten gelitten. Die jungen Menschen wurden in einer Lebensphase ausgebremst, in der zentrale soziale und persönliche Entwicklungen gemacht und die Weichen für die spätere berufliche Karriere gestellt werden. Die spezifische Betroffenheit der Jugendlichen durch die Corona-Politiken steht offensichtlich im Kontrast zu dem oben diskutierten Bild der unbekümmerten Jugend. Dieser Kontrast deutet bereits darauf hin, dass die Interessen und Erfahrungswelten Jugendlicher im öffentlichen Diskurs nur wenig Gehör fanden. Mangel an Repräsentation, Ausschluss aus Entscheidungsprozessen, das Ge-

fühl mangelnder Selbstwirksamkeit sind zentral in Debatten um die Krise der Demokratie. So scheint uns naheliegend, dass die Erfahrungen der Pandemie auch Auswirkungen auf politisches Handeln und das Verständnis Jugendlicher von Demokratie haben – im Folgenden werden wir daher auf den Komplex Jugend, Pandemie und Demokratie fokussieren.

3. KRISE DER DEMOKRATIE

Pandemieerfahrungen von Jugendlichen und die öffentliche Kritik an ihrem vermeintlichen Fehlverhalten finden nicht in einem luftleeren Raum statt. Im Gegenteil, sie erfolgen in einem gesellschaftlichen Gefüge. Politikverdrossenheit ist unter jungen Menschen bereits vor der Pandemie beschrieben worden (vgl. Kap. 4). So sehen wir die Gefahr, dass die Krise der Demokratie durch die Pandemie gerade bei Jugendlichen weiter vertieft wird. Im Folgenden stellen wir knapp die gegenwärtige Debatte um die Krise der Demokratie vor. Wir fokussieren hier auf die beiden Dimensionen Entpolitisierung und Politisierung. Denn wir beobachten diese beiden Seiten nicht nur bei der Jugend in Zeiten von Corona, sondern erkennen diese Pole auch als relevante Achsen gegenwärtiger Debatten über den Zustand der Demokratie insgesamt. Bevor wir von diesem Fundament ausgehend explizit auf den Komplex Jugend, Corona und Demokratie blicken, kommen wir in diesem Kapitel zuletzt auf die Rolle eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit zu sprechen, der eng mit der Krise der Demokratie verschränkt ist.

3.1 HERAUSGEFORDERTE DEMOKRATIE IM WANDEL DER ZEIT

Wenn wir über die Krise der Demokratie sprechen, dann sprechen wir über den aktuellen Zustand der westlichen, repräsentativen Demokratie. Demokratie könnte aber auch etwas anderes sein, sie könnte offener, integrativer und pluralistischer sein. Der Begriff der Demokratie ist daher selbst Gegenstand von politischen Deutungskämpfen (Buchstein/Jörke 2003; Schwartz 2019: 50–52). Dementsprechend hat sich seine Bedeutung ebenso wie seine normative Bewertung im Laufe der Zeit stark gewandelt. Heute hängt die Popularität des Begriffs, so Wendy Brown (2012), mit seiner konzeptionellen Offenheit zusammen – fast niemandem fällt es schwer, sich als Demokrat:in zu bezeichnen. Der Popularität des Begriffs stehen gleichzeitig Vertrauensverluste in real existierende Demokratien weltweit – auch in Deutschland – entgegen. Seit einiger Zeit wird sodann eine Krise der Demokratie konstatiert und darüber gestritten, welche Dynamiken dahinterstecken, welches Ausmaß diese Krise hat und wie ihr zu begegnen ist (u.a. Blühdorn 2011; Crouch 2008; Crozier et al. 1975; Habermas 1973; Merkel 2016; Mouffe 2007; Offe 1972; Rancière 2002). In den meisten westlichen Demokratien sinkt das Vertrauen gegenüber Parteien und Parlamenten (Schäfer/Zürn 2021). Dabei gelten diese Institutionen als das Herzstück repräsentativer Demokratien. Auch sinkende Wahlbeteiligungen und eine Atmosphäre der Politikverdrossenheit werden regelmäßig als Indizien des Erosionsprozesses genannt. Gleichzeitig ließen sich zuletzt Tendenzen einer Politisierung der Demokratie beobachten. Insbesondere die Erfolge und die Mobilisationskraft von sozialen Bewegungen wie *Black Lives Matter* oder *Fridays for Future* sind augenscheinlich – der Signifikant Demokratie dürfte aber auch mittelfris-

tig nach dem russischen Überfall auf die Ukraine für westliche Staaten wieder zu einem bedeutsamen Ankerpunkt des Selbstverständnisses werden.

Wenn heute von Demokratien gesprochen wird, sind damit vor allem repräsentative Demokratien gemeint. Das Repräsentationsprinzip war historisch eine Antwort auf das Problem der Demokratie mit der Masse bzw. dem Pöbel. Es sollte einen gewissen Abstand zwischen dem Volk und den politischen Entscheidungsträger:innen schaffen, es ging um die „Reinigung des Volkswillens durch Repräsentation“, so Philip Manow (2021: 33–34). Als Herrschaftsinstrument reguliert das Repräsentationsprinzip, wer in der Demokratie Gehör bekommt und wer nicht, wer ein- und wer ausgeschlossen wird (vgl. Lessenich 2019). In diesem Gefüge ist es die Aufgabe der Parteien, die politischen Forderungen und Interessen in das politische System einzuspeisen, indem sie Aushandlungs- und Willensbildungsprozesse kanalisieren und als Transmissionsriemen zwischen institutionalisierter Politik und Gesellschaft fungieren. Im Zuge der zunehmenden Individualisierung fällt es den Parteien aber zunehmend schwer, Mitglieder dauerhaft an sich zu binden. Auszumachen ist eine Tendenz, wonach Bürger:innen sich eher kurzfristig einzelnen politischen Themenbereichen annehmen und diese gesellschaftlich vorantreiben (Charim 2018). Wie wir weiter unten noch ausführen werden, gilt dies in besonderem Maße für Jugendliche.

Im Angesicht der flexibilisierten Individuen des 21. Jahrhunderts können Parteien und Verbände mit ihrer formalen Struktur als zu schwerfällig wirken. Ganze 75% der 14- bis 24-Jährigen gehen davon aus, dass diese Schwerfälligkeit die Fähigkeit der deutschen Politik daran hindert, aktuelle Probleme zu lösen (vgl. Vodafone-Jugendstudie 2022: 15). Dies könnte auch dazu beitragen, dass Parteien Jugendlichen nicht als attraktive Organisationen zur Durchsetzung ihrer Interessen erscheinen. Jedenfalls sind die geringen Zahlen Jugendlicher in Parteien auffällig. Traten Parteien früher als Erzieher:innen auf, in deren Organisationen die Mitglieder sozialisiert wurden (ebd. 2018: 38ff), nimmt im Zuge fortschreitender Individualisierung und der Pluralisierung von Lebensformen ein Bedürfnis danach zu, den eigenen Interessen und Werten direkt Ausdruck zu verleihen, sei es über soziale Medien oder durch punktuellen, themenspezifisches Engagement beispielsweise in sozialen Bewegungen (BMFSFJ 2020: 62–63, Gille 2018). Isolde Charim spricht in dieser Hinsicht von einer „Sehnsucht nach *Vollpartizipation*“ (ebd. 2018: 113, Herv. im Orig.). Damit pointiert sie eine Sehnsucht, die im Zuge einer neuen Individualisierung darauf abzielt, „[...] als ganze Person vorzukommen, in seiner konkreten Einzelheit, als der, der man ist – ohne jegliche Repräsentation durch etwas Allgemeines wie eine Gruppe, eine Klasse oder eine Partei“ (ebd. 2018: 113). Es gibt eine große Vielzahl an Krisendiagnosen über den Zustand der Demokratie, die wahlweise autoritäre Tendenzen, die Ökonomisierung der Politik, die Exklusion von Armut aus Entscheidungsprozessen etc. beklagen (vgl. Brown 2012; Crouch 2008; Manow 2021; Rancière 2002; Schäfer/Zürn 2021). Offensichtlich ist die repräsentative Demokratie samt ihren Institutionen bereits vor der Pandemie unter Druck geraten.

3.2 POSTDEMOKRATIE ODER NEUE POLITISIERUNG?

Während sich Mitte der 1970er Jahre die Demokratie weltweit so stark ausgebreitet hatte wie historisch nie zuvor, wurden der repräsentativen Demokratie gleichzeitig zunehmend grundlegende Pro-

bleme attestiert. Angefangen mit den Diagnosen von Claus Offe (1972) und Jürgen Habermas (1973) sind die Diskussionen um die Krise der Demokratie seitdem nicht mehr abgerissen. Vermittelt über den Begriff der Postdemokratie ist im Anschluss an Colin Crouch (2008) und Jaques Rancière (2002) eine bis heute andauernde Debatte um den Gehalt der Demokratie entbrannt (vgl. Mullis/Schipper 2013: 81–86). Als kritisch-zeitgenössisches Konzept hat sich die These der Postdemokratie zur Analyse der gegenwärtigen Verfallstendenzen in westlichen Demokratien zwischen 2005 und 2015 fest etabliert (Saar 2019). Zentral für die Diagnose einer postdemokratischen Entwicklung ist für Crouch, dass formal demokratische Verfahren – wie Wahlen oder Gewaltenteilung – und Institutionen zwar fortbestehen, gleichzeitig aber Politik refeudalisiert sowie Ökonomisierung, Finanzialisierung und Prekarisierung voranschreiten, was insgesamt demokratische Teilhabe und Verfahren unterminiert (Crouch 2008: 13).

Die Tendenz zur Postdemokratie macht Crouch an drei zentralen Komponenten fest: Erstens eine Ausweitung des Einflusses der Wirtschaft auf die Politik, die öffentliche Interessen überforme; Zweitens die Rolle der Massenmedien, die in Verbindung mit Medienexperten in der Politik die öffentliche Meinung eher steuere als zu informieren oder öffentliche Debatten zuzulassen; Drittens eine passive Rolle der Bürger:innen, die mehrheitlich eher auf Signale reagiere, als sich aktiv an Politik zu beteiligen, da in der Postdemokratie die Hoffnung verlorengelasse, mitgestalten zu können und das Vertrauen in öffentliche Organe abnehme (vgl. Crouch 2008: 10). Damit erodiere der Zusammenhang von Legitimation, Partizipation und Information, der Crouch zufolge für eine lebendige Demokratie essenziell sei. In der Folge breite sich unbegrenzter Lobbyismus, Apathie der Bürger:innenschaft und eine Form demokratischer Politik als öffentliches Spektakel aus (Saar 2019: 477). Damit stellt sich die postdemokratische Konstellation auch als eine Vertrauenskrise dar, in der die Bürger:innen sich mangels Vertrauens in die institutionelle Politik zurückziehen.

Inmitten der postdemokratischen Tendenzen lassen sich zunehmend auch Entwicklungen ausmachen, die neben den oben beschriebenen Entpolitisierungs- und Regressionstendenzen, eine neue Politisierung von Bürger:innen und sozialen Bewegungen bestärken (Manow 2021; Mullis 2018). Tatsächlich lässt sich gegenwärtig eine auffallende Gleichzeitigkeit beobachten: Auf der einen Seite die abnehmenden Wähler:innenzahlen, zunehmendes Desinteresse an der institutionalisierten Politik und der rasante Aufstieg autoritär-populistischer Parteien und Bewegungen in den letzten zwei Jahrzehnten. Dem stehen auf der anderen Seite eine stabile Unterstützung für die Idee der Demokratie, Minderheitenschutz sowie Rechtsstaatlichkeit gegenüber, und darüber hinaus eine zunehmende Politisierung durch aktive soziale Bewegungen in sozialen Medien zu so unterschiedlichen Themen wie Wohnungspolitik, Rassismus oder konsequente Klimapolitik.

Der Blick auf die Wahlbeteiligungen seit den 1990er Jahren verdeutlicht, dass sich im Durchschnitt nur noch rund drei Viertel der Wahlberechtigten an Bundestagswahlen beteiligen – auf unteren politischen Skalen ist der Anteil gar noch geringer (vgl. Bundeswahlleiter 2021).³ Insbesondere

3 Seit Jahrzehnten gibt es in den gefestigten westlichen Demokratien rückläufige Wahlbeteiligung. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung nach 1945 bei den Bundestagswahlen bis Ende der 80er Jahre durchgängig über rund 85% (Der Bundeswahlleiter 2008). Bei der Bundestagswahl 1990 waren es nur noch 77,8% und nach einem kurzen Aufschwung erreichte die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8% ihren historischen Tiefpunkt. 2017 stieg die

die einkommensschwächeren Teile der Gesellschaft haben sich aus der Politik zurückgezogen. Mit der sinkenden Wahlbeteiligung wurde in Deutschland auch die Schere zwischen den schichtspezifischen Beteiligungsraten an den Bundestagswahlen immer größer. Noch Mitte der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre fanden sich bei entsprechend hoher Wahlbeteiligung kaum schichtspezifische Teilungunterschiede (Schäfer 2015). Dieser Umstand findet in der Zusammensetzung des Parlaments sein Pendant. Mark Bovens und Anchtit Wille (2017) haben gezeigt, dass westeuropäische Parlamente im Hinblick auf Bildungsabschlüsse zuletzt zunehmend homogener wurden. Immer mehr Parlamentarier:innen sind direkt über Schule und Universität in die Parlamente eingezogen und es mangelt ihnen daher an anderen milieuspezifischen Erfahrungen in der Arbeitswelt. Mit der „Diplomiertendemokratie“ (Bovens/Wille 2017; Schäfer 2015) geht eine Vereinheitlichung der Lebensrealitäten der Repräsentant:innen einher und die Distanz zu bildungsferneren Gesellschaftsteilen wird größer. Armin Schäfer und Michael Zürn (2021) haben darauf hingewiesen, dass diese Verzerrung der Repräsentation sich auch darin äußert, welche Gesellschaftsteile von den Gesetzen profitieren. Die Verzerrung drücke sich in einer selektiven Responsivität des Parlaments aus. Damit ist gemeint, dass der bildungsnahe Hintergrund der meisten Repräsentant:innen politisch nicht neutral zu sein scheint (Bovens/Wille 2017: 139ff). Vielmehr würden Parlamentarier:innen dazu neigen, die Präferenzen und Interessen ihres eigenen sozialen Milieus zu reproduzieren.

Durch das Zusammentragen verschiedener Studien haben Schäfer und Zürn (2021: 99) gezeigt, dass auch in Deutschland Politikänderungen erheblich von der mehrheitlichen Zustimmung durch Berufsgruppen mit höherem sozialem Status und höheren Bildungs- oder Einkommensgruppen abhängen. Die verzerrte Repräsentation schlägt sich somit im konkreten Handeln von Parlament und Regierung nieder. Diese mangelnde Responsivität führt dazu, dass einkommensschwächere Milieus, samt ihrer Interessen und Werte, nur sehr eingeschränkt Gehör in der institutionalisierten Politik finden. So verstärken sich Gefühle des Abgehängtseins, von der Politik nicht ernst genommen zu werden; Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühle nehmen zu. Da die meisten Menschen in der Lebensphase Jugend noch nicht über hohes Einkommen verfügen, trifft diese Verzerrung Jugendliche ebenso – wenn auch unterschiedlich je nach dem sozio-ökonomischen Status ihres familiären Hintergrunds. Der Befund ist in Bezug auf unsere Fragestellung somit auch für das Verhältnis von Jugend und Demokratie von Interesse, da Jugendliche insgesamt, ebenso wie einkommensschwächere Gesellschaftsteile, in Parteien und im Parlament unterrepräsentiert sind, wie wir in Kapitel 4.2 genauer zeigen werden.

3.3 NEUER STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT

Kontrastiert werden die Thesen der Postdemokratie samt Politikverdrossenheit von der Vielzahl und Mannigfaltigkeit von Protestbewegungen und politischen Initiativen, die off- und online in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen haben. Insbesondere die Klimabewegung in Form von *Fridays for Future*, aber auch *Black Lives Matter* sind hier zu nennen. Die beiden Bewegungen, die sich um die The-

Wahlbeteiligung wieder um 1,5 Punkte auf 71,5% und zuletzt bei der Bundestagswahl 2021 wieder auf 76,6% (Der Bundeswahlleiter 2021).

men Klimakrise bzw. (Anti-)Rassismus organisieren, sind außergewöhnlich jung und haben sich beide zunächst maßgeblich online formiert. Seit dem ersten Schulstreik von *Fridays for Future* in Deutschland im Jahr 2019 hat die Bewegung erhebliche Aufmerksamkeit erhalten und die Diskurse um Klimaschutz und Klimakrise nicht nur in Deutschland maßgeblich beeinflusst. Jugendliche haben in den letzten Jahren bei einer Reihe von sogenannten „Single-Issue“-Kampagnen eine maßgebliche Rolle gespielt. Zu nennen sind hier beispielsweise die Proteste gegen die sogenannten „Upload-Filter“ im Zuge der EU Urheberrechtsreform ab 2018, die sowohl on- als auch offline vor allem unter Jugendlichen beachtliche Ausmaße annahmen (Neuser et al. 2021: 22). Wie passt nun die These der Repräsentations- und Vertrauenskrise mit der Beobachtung zusammen, dass die Interessen der Bevölkerung sehr wohl Auswirkungen auf die Politikgestaltung und den demokratischen Diskurs haben und die oben genannten Bewegungen maßgeblich von Schüler:innen und Jugendlichen getragen sind?

Mit der Ausbreitung der sozialen Medien haben sich neue Möglichkeiten politischer Öffentlichkeit eröffnet. Insbesondere die gegenwärtige Jugend ist in nie dagewesenem Ausmaß in sich überlappenden on- und offline stattfindenden Kommunikationsformen miteinander vernetzt (King 2020). Neben Parteien waren es zuvor vor allem die klassischen Medien, die eine Rolle als intermediäre Akteur:innen einnahmen. Die *Gatekeeper*-Funktion der Medien wurde mit dem Aufkommen der sozialen Medien grundlegend in Frage gestellt und auch die Rolle der Parteien scheint durch diese Entwicklung tangiert.

„Die Herrschaft über die Themenagenda ist ins Netz diffundiert, die offiziell verfasste Politik ist oft nur noch reaktiv, es sind nun umgekehrt die großen Majoritäten jenseits des Parlaments, die auf die des Parlaments übergreifen, trotz aller verzweifelten Versuche der etablierten Akteure, so etwas wie Diskurshegemonie zurückzugewinnen.“ (Manow 2021: 114–115)

Diese Beobachtung widerspricht offensichtlich Teilen der Postdemokratiethese von Crouch, wonach Politiker:innen mit ihren PR-Teams den öffentlichen Diskurs derart dominieren, dass die öffentliche politische Auseinandersetzung zu einer bloßen Show verkomme. Die deutliche Ausweitung des Zugangs zur Öffentlichkeit qua sozialer Medien scheint tatsächlich mit dem Trend zu brechen und ermöglicht es in egalitärer Weise, sich öffentlich zu äußern. Zumindest für einen Teil der Bürger:innen scheint der Trend nicht zur politischen Apathie zu gehen; im Gegenteil sind hier veritable Politisierungsprozesse zu beobachten. Diese Beobachtung darf aber nicht überdehnt werden, denn auch in den sozialen Medien herrschen Macht- und Herrschaftsverhältnisse fort. Zudem befördert der Profilierungsdruck, der durch den quantifizierenden Charakter der sozialen Medien katalysiert wird, auch regressive Tendenzen, wie Vera King (2021) argumentiert. Die Marktförmigkeit der Kommunikation und die Aufmerksamkeitsökonomie sozialer Medien verstärken eine Wachstumslogik, in der die Subjekte unter erheblichem Erfolgsdruck stünden. Der Bedeutungsgewinn sozialer Medien hat somit zur Folge, dass „Selbstdarstellung und stetes Vergleichen mit digital-medial präsenten Anderen“ (ebd. 2021: 94) zur Normalität würden und sich eine Tendenz zu externalisierender und instrumenteller Anpassung ausweite. Aufmerksamkeit würde in sozialen Medien vor allem durch „affektive Erregung

oder permanentes Triggern von Empörung und Gegenempörung“ (ebd. 2021: 94) generiert. Diese Logik der Steigerung verstärkte die Entwicklung des politischen Diskurses in ein Medienspektakel.

Auch die progressive Demokratisierungsdynamik führt nicht per se zu einer egalitäreren Repräsentation, geschweige denn zu einer Stärkung der demokratischen Ordnung per se. Die beschriebene Politisierung findet nämlich zunächst gerade außerhalb der institutionalisierten Politik statt und erhöht so den Druck an der „Sollbruchstelle“ zwischen Repräsentant:innen und Repräsentierten, indem die Diskrepanz zwischen den getroffenen Entscheidungen und dem (Mehrheits)willen offensichtlicher zutage tritt (Schäfer/Zürn 2021: 95). Die Gretchenfrage ist, ob es der institutionellen Politik gelingt, die freigesetzten politischen Energien wieder einzufangen und auf die politischen Forderungen angemessen zu reagieren (Manow 2021: 116f).

4. JUGEND UND DEMOKRATIE

Die Erfahrungen der Jugendlichen in der Corona-Pandemie dienen uns als Ansatzpunkt um das Verhältnis von Jugendlichen zur (repräsentativen) Demokratie in Deutschland auszuloten. Dafür stellen wir zunächst Befunde zur politischen Repräsentation junger Menschen in der Politik dar. Im Anschluss wenden wir uns den Erfahrungen der Jugendlichen selbst zu, indem wir eine Reihe von Jugendstudien der letzten Jahre auswerten. Dabei zeigt sich ein komplexes Bild, das auf der einen Seite eine „diffuse Grundhaltung der Politikverdrossenheit“ (SINUS-Jugendstudie 2020: 415) zeigt und auf der anderen Seite ein verstärktes politisches Engagement in sozialen Bewegungen erkennen lässt. Anschließend wenden wir uns den Auswirkungen der Corona-Politik zu. Wir zeigen, dass sich unter Jugendlichen Gefühle der Exklusion und Nicht-Repräsentation verstärkt haben. Die Reaktionen auf diese Erfahrungen scheinen allerdings sehr unterschiedlich auszufallen und nicht grundsätzlich in zunehmende Politikverdrossenheit zu münden. Abschließend diskutieren wir daher aktuelle Formen der politischen Beteiligung von Jugendlichen.

4.1 UNTERREPRÄSENTIERTE JUGEND

Die meisten Parlamente repräsentativer Demokratien sind in den letzten Jahrzehnten jünger geworden. Seit der Bundestagswahl 2021 sind 50 der 735 Abgeordneten unter 30 Jahre (Der Bundeswahlleiter 2021: 420). Junge Menschen unter 30 Jahren haben gegenwärtig 6,8% der Sitze im Bundestag inne. In der Gesamtbevölkerung machen sie jedoch 30,2% aus.⁴ Auch in den Parteien engagieren sich nur wenige Jugendliche im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung. Wie im Bundestag sind auch in den Parteien Frauen, Jüngere und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen gegenüber der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert (Niedermayer 2020b). Grundsätzlich lässt sich seit Jahren eine einigermaßen kontinuierlich starke Erosion der Parteimitgliedschaftszahlen beobachten. Die Mitgliederzahlen aller Parteien zusammengenommen sind zwischen 1990 und 2020 rund

4 Im Bundestag der 19. Wahlperiode waren von den 709 Mandaten gerade mal drei Parlamentarier:innen unter 30 Jahre, also 0,423 Prozent (Deutscher Bundestag 2021: 332).

um die Hälfte gesunken (Niedermayer 2020a: 2). Besonders stark betroffen waren die (ehemaligen) Volksparteien SPD und CDU. Waren 1989 kurz nach dem Mauerfall noch 3,7% der Beitrittsberechtigten Mitglied in einer Partei, sind es 2019 nur noch 1,7%. Die schwindenden Mitgliederzahlen weisen eindeutig auf einen Erosionsprozess des parteizentrierten Repräsentationsmodells hin. Beim Blick auf den Anteil der jüngeren Mitglieder (unter 30 Jahre) zeigen sich große Unterschiede zwischen den Parteien.⁵ Während im Jahr 2019 die Linke (rund 19%), die Grünen (knapp 18%) und die FDP (17%) ihren Anteil im Vergleich zu den letzten Jahren erhöhen konnten, lag er in der CDU bei unter 6% und in der SPD bei knapp 8%. Die jüngste Partei war 2019 die Grünen mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren. SPD (60 Jahre) und CDU (61 Jahre) sind im Hinblick auf das Durchschnittsalter aller Mitglieder die „ältesten“ Parteien.

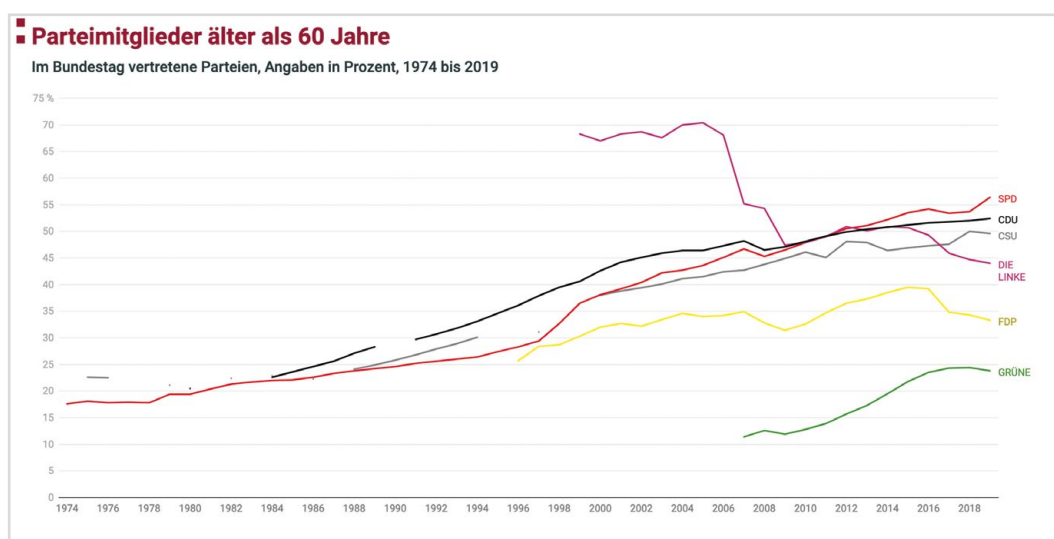


Abb. 2: CDU und SPD bis 2007: bis 29 Jahre. Für die AfD liegen keine Daten vor. Grafik: © Bundeszentrale für Politische Bildung, Quelle: Niedermayer (2020a).

Die Folgen der verzerrten Repräsentation sind offensichtlich: Es ist davon auszugehen, dass die Stimmen junger Menschen im Parlament weniger Gehör bekommen und ihre Präferenzen sowie Interessen nicht ausreichend repräsentiert werden. Innerhalb der Krise der Repräsentation lässt sich demnach auch eine generationenspezifische Verzerrung zu Ungunsten der Jugendlichen ausmachen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob dies dazu führt, dass junge Menschen gegenüber der institutionellen Politik weniger Vertrauen aufbauen bzw. sich Vertrauensverluste ausbreiten.

5 Das Mindestbeitrittsalter der Parteien ist unterschiedlich: Für den Beitritt bei CDU, CSU und FDP muss man mindestens 16 Jahre alt sein. Bei der SPD und der Linkspartei liegt das Mindestalter bei 14 Jahren. Einzig die Grünen haben keine Altersbeschränkung, trotzdem treten nur sehr wenige unter 14-Jährige der Partei bei (Niedermayer 2020b). Für die AfD liegen keine Daten zur Altersstruktur der Mitglieder oder zum Mindestbeitrittsalter vor.

4.2 POLITIK UND REPRÄSENTATION AUS DER PERSPEKTIVE DER JUGENDLICHEN

Dass der Mangel an Repräsentation nicht nur ein hypothetisches Problem ist, verdeutlicht der Umstand, dass sich viele junge Menschen tatsächlich nicht ausreichend von der Politik repräsentiert erachten. Die SINUS-Jugendstudie von 2020 stellt fest, dass Jugendliche immer wieder beklagen, zu wenig an politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben sowie dass sie und ihre Anliegen im politischen Raum nicht repräsentiert werden. Politiker:innen und teilweise der gesamten älteren Generation unterstellen sie Ignoranz und Zynismus. Auffällig ist, dass sich diese Kritik durch alle von der Studie typisierten „jugendlichen Lebenswelten“ hindurchzieht. Es handelt sich somit um eine übergreifende Einschätzung und nicht allein um eine, die an spezifische ökonomische oder soziale Positionen oder den Bildungshintergrund von Jugendlichen geknüpft ist (SINUS-Jugendstudie 2020: 410). In diese Richtung deutet auch die Shell Jugendstudie 2019: Der Aussage „Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken“ stimmten 71% aller Befragten im Alter zwischen 15 und 25 Jahren zu.⁶ Damit wurde dieser Aussage unter Jugendlichen geringfügig weniger zugestimmt als in der Gesellschaft als Ganzes. In der Autoritarismusstudie von 2020, die die Einstellungen aller Altersgruppen erforscht, stimmten 72,9% der Aussage zu, „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (Decker/Brähler 2020: 69).

Unter den jungen Menschen ist der Wunsch auf generationale Teilhabe aber noch stark vertreten. So fanden gemäß der Shell-Studie 84%, dass mehr junge Leute in der Politik etwas zu sagen haben sollten (Shell Jugendstudie 2019: 94). Die Autor:innen der Studie setzen diese Befunde in den Zusammenhang einer hohen allgemeinen, grundsätzlichen Politikverdrossenheit, die als „diffuse Grundhaltung“ unter jungen Menschen vorherrsche. Unter anderem machen sie dies an geringem Vertrauen zu Parteien (vgl. auch SINUS-Jugendstudie 2020: 415) und wenig politischem Interesse fest. Diese Grundeinstellung sei ausgeprägter bei jungen Menschen aus niedriger „Herkunftsschicht“ und mit niedriger Bildungsdisposition (Shell Jugendstudie 2019: 95–96, vgl. auch Vodafone-Jugendstudie 2022: 5).

Trotz der viel beachteten und lauten Proteste junger Menschen im Kontext der Klimafrage und gegen Rassismus ist Politikverdrossenheit bzw. das Desinteresse an Politik unter jungen Menschen weit verbreitet (vgl. APuZ 2021). Die SINUS-Jugendstudie fragte etwa nach den spontanen Assoziationen mit dem Begriff „Politik“: 52% der Befragten bewerteten den Begriff negativ, 29% neutral und nur 19% positiv (SINUS-Jugendstudie 2020: 391).⁷ Negativ waren die Assoziationen unter anderem deshalb, weil die befragten jungen Menschen der Politik die Fähigkeit absprachen, Probleme wirklich zu lösen (vor allem im Bereich Klima und Umwelt), Politiker:innen als inkompetent empfunden wurden und sie sich selbst gleichzeitig ohne Handlungsmacht sahen (SINUS-Jugendstudie 2020: 394,

⁶ Hier ist anzumerken, dass nicht explizit nach dem Gruppenmerkmal Jugend gefragt wurde, auf das sich „Leute wie ich“ beziehen könnten. Das Statement könnte von den Befragten somit auch im Zusammenhang mit dem eigenen sozioökonomischen Hintergrund oder anderen Merkmalen interpretiert worden sein.

⁷ Tatsächlich ordnen die Studienautor:innen dies als „keineswegs desaströs“ ein, da in mehrfach reproduzierten Erwachsenenstichproben etwa zwei Drittel der Assoziationen negativ getönt waren. Dennoch sind die mehr als zur Hälfte negativen Nennungen bei Jugendlichen nicht zu vernachlässigen.

400). Folgerichtig zeigten sich laut Vodafone-Jugendstudie (2022: 13) 46% unzufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert.

Das messbare Interesse an Politik korreliert auffällig mit dem formalen Bildungsniveau. So waren gerade Studierende mit 66% politisch „ziemlich interessiert“, unter den Jugendlichen in einer Berufsausbildung hingegen nur 39% (Shell Jugendstudie 2019: 50–52, vgl. auch BMFSFJ 2020: 64). Der Zusammenhang von Bildungsposition und politischem Interesse zeigte sich bereits unter Schüler:innen: Während jede:r zweite Gymnasiast:in angab, politisch interessiert zu sein, traf dies nur auf jede:n vierte:n Hauptschüler:in zu. Der formale Bildungsgrad hat statistisch zwar einen starken Effekt, allerdings scheint dieser Effekt schwächer geworden zu sein. Was aber wesentlich daran liegt, so Martina Gille (2021: 415f), dass das politische Interesse unter Abiturient:innen seit einiger Zeit abnimmt. Abbildung 3 zeigt diese Verschiebungen. Jüngste Zahlen bestätigen die Bedeutung des Faktors Bildung bei Jugendlichen: Laut Vodafone-Jugendstudie (2022: 5) bekundeten unter Befragten mit formal niedriger Bildung 51% politisches Interesse, während unter jungen Menschen mit formal hoher Bildung 82% angaben, sich politisch zu interessieren. Unabhängig von Bildungsgrad, Alter und Geschlecht wünschten sich aber die meisten Jugendlichen mehr junge Politiker:innen (ebd. 2022: 29).

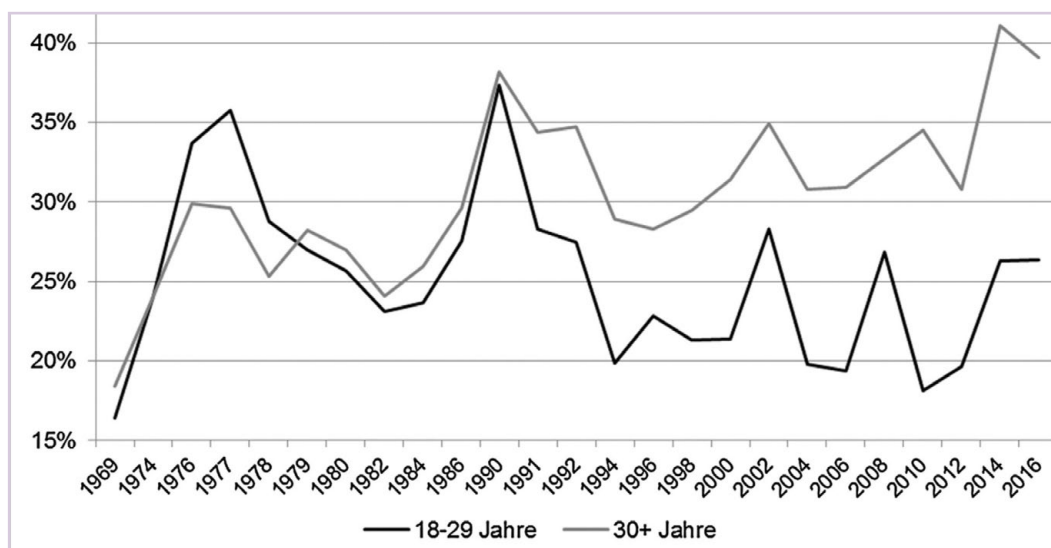


Abb. 3: Entwicklung des politischen Interesses in den alten Bundesländern nach Altersgruppen und Bildungsniveau % mit (sehr) starkem politischem Interesse (Werte 1 und 2 auf einer 5-stufigen Skala). (Quelle: Gille (2021), Berechnung basierend auf ALLBUS 1980–2016, Studien-Nr. ZA 4586, Version 1.0.0). Grafik: © Springer Nature.

Insgesamt ist das politische Interesse unter Jugendlichen im Vergleich zu den letzten Jahren etwas gestiegen – insbesondere seit ca. 2010 wird eine verstärkte Mobilisierung beobachtet (Gille 2021). Im historischen Vergleich sind die Werte dennoch eher ernüchternd. Zwischen 1984 und 1991 schwankten unter den 15- bis 24-Jährigen die Werte der (sehr) Interessierten noch zwischen 55% und 57%,

während sie heute bei den 16- bis 25-Jährigen bei 41% liegen. Zuletzt zeigten sich laut einer Umfrage im Auftrag der Vodafone Stiftung (2022: 5) im Herbst 2021 64% der 14- bis 24-Jährigen interessiert an politischen Themen. Auffällig sind allerdings die Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Während 72% der männlichen Befragten Interesse angaben, taten dies nur 56% der weiblichen.

Wie passt dies zu dem medial verstärkten Eindruck, dass sich die Jugend, vor allem in Verbindung mit *Fridays for Future* und *Black Lives Matter*, stärker politisiert? Analysen zufolge war unter den 14- bis 24-Jährigen jede vierte Person schon einmal auf einer *Fridays for Future*-Veranstaltung, meist einer Demonstration. Angesichts solcher Zahlen kann schwer von einer allgemeinen Distanz junger Menschen zur Politik die Rede sein. Die Autor:innen der SINUS-Jugendstudie (2020: 390) sprechen sogar von einem möglichen „Paradigmenwechsel“. In der Shell-Studie von 2019 wurde jedoch angemerkt, dass vor allem die bereits Interessierten aktiver geworden sind, es also nicht zu einer grundlegenden Repolitisierung von vorher nicht angesprochenen jungen Menschen gekommen ist. Dazu passt, dass der Anteil derer, die es wichtig finden, sich selbst politisch zu engagieren, bei den 12- bis 25-Jährigen von 22% im Jahr 2002 auf 34% im Jahr 2019 gestiegen ist (Shell Jugendstudie 2019: 49–51). Dieser Trend wurde von der Pandemie nicht gebrochen: Jeweils 16% gaben an, sich stärker bzw. schwächer als vor der Pandemie zu engagieren, bei 32% sei das Engagement gleich geblieben und 22% gaben an, sich nicht zu engagieren (TUI Stiftung 2021: 31).

Insgesamt verdeutlicht dieser Blick in die empirischen Studien die Gleichzeitigkeit von Entpolitisierungs- und Politisierungstendenzen unter Jugendlichen. Auf der einen Seite wird die Verbindung zwischen der hohen Politikverdrossenheit und dem Gefühl vieler junger Menschen, in der Politik nichts ausrichten zu können oder kein Gehör zu finden, deutlich. Auf der anderen Seite zeigen Teile der Jugend durchaus Interesse an Politik und engagieren sich selbst politisch.

4.3 IN DER PANDEMIE GEHÖRT WERDEN

Diverse Studien zeigen – und das ist durchaus alarmierend –, dass die Pandemie gerade unter Jugendlichen als Katalysator für eine weitere Vertiefung der Erfahrung von politischer Exklusion und mangelnder Wertschätzung für die eigenen – hier jugendspezifischen – Belange wirkte (JuCo I und II). Ihre Möglichkeiten zur Beteiligung schätzten Jugendliche zu Zeiten der Pandemie als sehr gering ein und sie fühlten sich nicht ausreichend gehört. Ihre Partizipationsmöglichkeiten waren, so die Autor:innen der JuCo-Studie, „in weiten Teilen noch weiter ausgesetzt“ (JuCo 2021: 14–15). Der Kinder- und Jugendbericht 2020 kommt zum selben Ergebnis und mahnt, dass das Recht junger Menschen auf Gehör, Beteiligung und Mitwirkung zu Corona-Zeiten kaum realisiert worden sei – und dies nicht nur in der frühen Phase der Pandemie 2020. So wird auch bemängelt, dass zu Beginn der Krise diese Situation noch verständlich gewesen sei, spätestens im Zuge der ersten Lockerungen die perspektivische Einbindung junger Menschen aber angezeigt gewesen wäre (BMFSFJ 2020: 70). Auch in diesem Bereich zeigt sich, wie in der Pandemiebewältigung in Deutschland insgesamt, der Mangel an proaktivem Handeln und Weichenstellungen im Vorlauf neuer Wellen. Gehandelt wurde stets ad hoc, was dazu führte, dass die politische Integration und demokratische Willensbildung nicht nur in Bezug auf Jugendliche permanent zu kurz kamen.

Besonders problematisch ist dies, weil in Zeiten der Pandemie unter Jugendlichen das Bedürfnis, gehört zu werden und sich zu beteiligen, gestiegen ist (JuCo 2021: 18). In den Freitextantworten der JuCo-Studie äußerten die Befragten nach Ansicht der Autor:innen durchaus differenziert ihre Meinung. Dabei kritisierten die Jugendlichen häufig, dass wirtschaftliche Anliegen Vorrang gegenüber den Bedürfnissen und Belastungen vulnerabler Gruppen und der Jugend hätten. Hierbei wurden oft Parallelen zur Klimakrise gezogen, da dort ebenfalls die Interessen junger Menschen und vulnerabler Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend berücksichtigt würden (JuCo 2021: 38). Das Gefühl, vernachlässigt zu werden, klingt auch an anderen Stellen durch:

„Dass Jugendliche und junge Erwachsene in den Freitexten immer wieder unterstreichen, nicht die einzigen mit unterschiedlichen Belastungen zu sein, ist vor diesem Hintergrund nicht nur ein positiver Befund. Stattdessen scheint dies auch auf ein latentes Gefühl zu verweisen, dass die besonderen Belastungen junger Menschen gesellschaftlich weniger Gehör finden und auch weniger ernst genommen werden – und sie dies deutlich spüren“ (JuCo 2021: 39).

In Workshops, die im Rahmen der JuCo-Studie ergänzend zu den Online-Befragungen durchgeführt wurden, forderten Jugendliche mehr Möglichkeiten, in der Schule mitzuentcheiden – erst recht zu Corona-Zeiten. Es brauche mehr Kreativität bei Unterrichtslösungen und eine schnellere und bessere Digitalisierung der Schule (Bertelsmann Stiftung 2021: 12–13). Gleichzeitig kritisierten die Jugendlichen, nur auf zwei Rollen reduziert zu werden: die der Regelbrecher:innen oder die der Schüler:innen, die Lernstoff verpassen (Bertelsmann Stiftung 2021: 6).

Im April 2020 wollte der damalige Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in Nordrhein-Westfalen (NRW) vor allen anderen Bundesländern die Schulen nach dem ersten Lockdown wieder öffnen. In den sozialen Medien zeichnete sich in diesem Gefüge die angestaute Frustration ab. Deutlich wird dies beispielsweise in einem Video des Youtube-Influencers Rezo mit dem Titel „Wie Politiker momentan auf Schüler scheißen [...]“ vom April 2020. In Kommentaren beklagen Schüler:innen, dass es immer noch keine guten Konzepte für Schulen gebe und viel über ihre Köpfe hinweg entschieden würde. Eine – laut eigener Aussage – Abiturientin schreibt, wie sehr sie unter der Doppelbelastung durch Abiturvorbereitung und Pandemie gelitten hätte. Sie schließt mit den Worten: „Danke für diese Video Rezo. Ich hab mich zu 100% verstanden und repräsentiert gefühlt“ (Rechtschreibfehler im Original).⁸ Das Ohnmachtsgefühl, verbunden mit der Aussage, dass endlich jemand mit einer großen öffentlichen Plattform die Belastungen der Jugendlichen anerkennt und anprangert, findet sich auch in vielen weiteren Kommentaren wieder. Einige Kommentator:innen sehen Rezo als Repräsentanten, da sie selbst keine hörbare Stimme hätten.

Gegen die Schulöffnungen organisierten Jugendliche auf Twitter unter den Hashtags #SchulstreiksNRW und #SchulboykottNRW Protest gegen die Pläne. Unterstützung fand der Protest unter

8 Kommentar unter dem Video „Wie Politiker momentan auf Schüler scheißen...“ des Youtubers Rezo vom 22.4.2020. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ZiYLQXS-ufs> (Letzter Zugriff: 31.1.2022).

anderem von den Twitter-Accounts der Grünen Jugend und von *Fridays for Future Germany* (Deutschlandfunk 2020). Unter den Hashtags #SchulstreiksDE und #SchulboykottDE breitete sich die Diskussion schnell auf die ganze Republik aus und wurde immer wieder reaktiviert. Im November 2020 streikten beispielsweise Schüler:innen in Essen und Mönchengladbach, „um ihre Gesundheit zu schützen“, wie die Landesschülervertretung NRW bekanntgab (Aachener Zeitung 2020). Ebenfalls aus Angst vor hohen Infektionszahlen riefen Schüler:innen in Sachsen im Januar 2021 zum Schulstreik auf (Dresdner Neue Nachrichten 2021). Im Februar erschienen die Abiturient:innen mehrerer Nürnberger Schulen nicht zum Unterricht, weil sie die Präsenzphasen des Wechselunterrichts ablehnten (Oppelt 2021), Schüler:innen in Augsburg schlossen sich an (Majurani 2021). Einen Monat später versammelten sich Münchner Fachoberschüler:innen zum Sitzstreik vor dem bayerischen Kultusministerium, weil sie das Gefühl hatten, ihr Schulzweig werde vernachlässigt (Verstegen 2021). In Erfurt protestierten Anfang April 2021 Realschüler:innen der Abschlussklasse gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendverband „Die Falken“ gegen die Bedingungen, unter denen sie in Zeiten von Corona ihre Abschlussprüfungen schreiben mussten (Die Falken Erfurt 2021).

In einem offenen Brief berichteten die Schüler:innen davon, dass sie seit über einem Jahr kaum Unterricht gehabt hätten, da es der Schule an der entsprechenden Infrastruktur gefehlt habe und dass aufgrund nicht vorhandener Emailadressen Lehrer:innen geraume Zeit nicht erreichbar gewesen seien. Sie wiesen zudem darauf hin, dass die Einschränkungen strukturell benachteiligte Kinder in besonderem Maße treffen. An einem Überblick über Proteste von Schüler:innen über die hier beispielhaft genannten Fälle hinaus mangelt es bisher. Als positives Beispiel kann ein Fall aus Bremen angesehen werden: Hier organisierten zwei Schüler:innen einer Gesamtschule selbstständig ein Wechselmodell, in dem sie die Klassen jeweils halbierten umso das Ansteckungsrisiko zu minimieren (Bruhn 2020). Bei der Einteilung in die Gruppen beachteten die Organisator:innen auch die sozialen und familiären Verhältnisse der einzelnen Schulkamerad:innen. Rund 240 Schüler:innen der 11. bis 13. Klasse lernten im Sinne dieses Modells von zu Hause und bestreikten so die Präsenzpflicht. Die Initiative wurde schließlich von der Bremer Bildungsbehörde legitimiert.

Insgesamt wird deutlich, dass in der Pandemie das Gefühl zugenommen hat, nicht wahrgenommen zu werden und weniger Gehör zu bekommen, bzw. von für das eigene Leben relevanten Entscheidungen ausgeschlossen zu sein. Wie oben ausgeführt, ist eine gewisse Politikverdrossenheit und ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Politik unter Jugendlichen kein neues und genuin mit Corona verbundenes Phänomen, doch der Trend hat sich zuletzt verstärkt. Angesichts des besonderen Leidensdrucks in der Pandemie für junge Menschen, vor allem für Minderjährige, wird deutlich, wie wichtig eine Einbindung in Entscheidungen und Prozesse ist, insbesondere in jene, die die Jugend in hohem Maße betreffen. Aus der Forschung ist bekannt, dass sich mangelnde Repräsentation und Partizipation in Frust und Resignation gegenüber Politik und Gesellschaft niederschlagen können (vgl. Heitmeyer 2018).

Es ist zu früh, Aussagen darüber zu treffen, welche langfristigen Folgen die Erfahrungen der Jugendlichen in der Pandemie auf die Krise der Demokratie haben werden, aber es lassen sich einige Beobachtungen festhalten. Vor dem Hintergrund des aufgezeigten langfristigen Trends der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen und der anhaltenden Unterrepräsentation ist davon auszugehen,

dass die Erfahrungen aus der Pandemie den Vertrauensverlust der Jugend in die repräsentative Demokratie vertiefen. Damit droht die beobachtbare Polarisierung weiter vorangetrieben zu werden: Auf der einen Seite stark politisch involvierte Jugendliche, die sich in sozialen Bewegungen organisieren; auf der anderen Seite jene Jugendlichen, die nicht nur das Vertrauen in die Politik verloren haben, sondern auch in die Möglichkeit, dass sie selbst politisch aktiv werden könnten. Zudem sind die heutigen Jugendlichen die Erwachsenen von morgen, die Erfahrungen, die sie machen, haben weitreichende Folgen und so sollten Prozesse der Frustration mit der repräsentativen Demokratie nicht leichtfertig hingenommen werden.

4.4 POLITISCHE BETEILIGUNG

In der Jugendbeteiligungsforschung wird Repräsentation vor allem im Kontext von Partizipation und Demokratie diskutiert – und wiederholt wird gefordert, die Stimme von Jugendlichen zu stärken (Lütgens/Mengilli 2019: 115). Grundsätzlich ist die Wahrnehmung, keine politische Selbstwirksamkeit zu haben, so weit verbreitet (SINUS-Jugendstudie 2020: 445, Vodafone Jugendstudie 2022: 14), dass dies ein zentraler Ansatzpunkt ist, um demokratische Beteiligung zu fördern. Ganze 50% der 14- bis 25-Jährigen gaben an, dass es ihnen schwer fällt zu verstehen wie Politik in Deutschland funktioniert (Vodafone-Jugendstudie 2022: 12). Gleichzeitig zeigt sich, dass sich junge Menschen, wenn sie sich engagieren, dies eher in sozialen Bewegungen tun als in etablierten Parteien und Verbänden (BMFSFJ 2020: 62–63).

Laut SINUS-Jugendstudie müssen bestimmte Bedingungen gegeben sein, damit Jugendliche sich engagieren. Ein wichtiger Punkt ist, dass jungen Menschen explizit inkludierende Angebote gemacht werden. Es stellt sich als einfacher dar, in einer bestehenden Struktur mitzuarbeiten, als diese von Grund auf aufzubauen. Dahinter stecke das Bedürfnis, sich gemeinsam mit anderen und nicht allein für etwas zu engagieren (SINUS-Jugendstudie 2020: 554). Einmal gestartet können politische Jugendbewegungen „einen beträchtlichen politischen Mobilisierungseffekt haben“, wie die Jugendforscherin Gille (2021: 417) schreibt. Als Beispiel nennt sie die Studierendenbewegung der 1960er Jahre, als aktuelles Beispiel kann durchaus *Fridays for Future* gesehen werden. Gille (2021: 418) zufolge hat sich die Bereitschaft zur Beteiligung an bestimmten Politikformen seit den 1970er Jahren deutlich erhöht: Proteste und Ad-hoc-Mitarbeit an informellen Gruppen seien für junge Menschen durchaus realistische Mittel. Dies liegt zu einem nicht geringen Maße an ihrem niedrighwelligen Charakter: „Protest und Widerstand als Weg, die eigenen Interessen und Präferenzen im öffentlichen Raum einzufordern, gehören zu den wenigen Instrumenten für Jugendliche, von denen sie selbstständig Gebrauch machen können“, so der 16. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2020: 55). Demgegenüber könnte die oft langwierige und formal strukturierte Arbeitsform von Parteien und Verbänden für Jugendliche wenig attraktiv erscheinen. In diesem Sinne deutet einiges darauf hin, dass die Mobilisierungserfolge von sozialen Bewegungen und informellen Politikformen auch mit der Möglichkeit zusammenhängen, sich kurzfristig zu einzelnen Themen und unmittelbar politisch einzubringen (vgl. Charim 2018; Wienkoop 2021: 18f). War in der Vergangenheit jugendliche Protestkultur entlang organisierter Gruppen strukturiert, bringen sich – nicht nur – Jugendliche heute eher als Individuen oder in informellen Kleingruppen politisch ein (vgl. Rucht/Teune 2017: 17). Im Gegensatz zu Parteien

können Bewegungen wie *Fridays for Future* sich auf einzelne Politikthemen konzentrieren und diese parteiübergreifend bearbeiten, wohingegen von Parteien erwartet wird, Positionen auf einer Vielzahl von Politikfeldern zu erarbeiten.

Welche Arten des politischen Engagements Jugendlichen darüber hinaus bzw. grundsätzlich überhaupt offenstehen, ist vielen von ihnen gar nicht bewusst, heißt es in der SINUS-Jugendstudie 2020. Auffällig ist, dass sie beispielsweise ihre Teilnahme an *Fridays for Future*-Demonstrationen nicht als politische Teilhabe wahrnehmen (s. o., SINUS-Jugendstudie 2020: 445). Dies deutet auf ein etatistisches Politikverständnis hin, das die demokratische Dimension von politischen Aktivitäten jenseits der Institutionen der repräsentativen Demokratie verdeckt – wie sie in Demonstrationen, Aktivismus bzw. allgemeiner in der Mitwirkung in sozialen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Annika Schreiter (2018: 105ff) hat in diesem Zusammenhang in einer Studie dargelegt, dass Jugendliche ihr politisches Handeln selbst oftmals gar nicht als solches definieren, wenn es nicht im Rahmen institutionalisierter Politik stattfindet.

Die Forschung zu den Klimaprotesten ist weiter fortgeschritten als jene zu Corona und ist hier vor allem interessant, weil die Klimabewegung besonders von Schüler:innen und Jugendlichen getragen wird. Im Vergleich zu historischen Jugendbewegungen wie beispielsweise der 68er-Bewegung, die ihren Ausgang maßgeblich in studentischen Milieus fand, ist *Fridays for Future* als Jugendbewegung außergewöhnlich jung (vgl. Kemper 2021). In der Klimabewegung zeigt sich, dass gerade auch der Vertrauensverlust in die hergebrachten Politikformen die Bereitschaft, sich am Protest zu beteiligen, verstärkt hat. In der oben bereits erwähnten JuCo-Studie fällt auf, dass der Klimawandel bei Jugendlichen prominent Erwähnung findet, obwohl die Corona-Pandemie mit ihren Auswirkungen auf die Jugend den eigentlichen Fokus darstellte. Die Sorgen der Jugendlichen und ihre Ängste vor der Zukunft drehten sich neben der Pandemie weiterhin auch stark um die Klimakrise.

Mit dem Stichwort „Fight every Crisis“ betonen die Jugendlichen, dass die Klimakrise nicht über dem allgegenwärtigen Pandemie-Thema vernachlässigt werden sollte und als Thema aktuell bleiben müsse (Bertelsmann Stiftung 2021: 14–15). Ähnliche Tendenzen zeichnen sich jetzt auch schon im Gefüge der Proteste gegen den Krieg in der Ukraine ab, wobei gerade aus dem Umfeld von *Fridays for Future* klargestellt wird, dass langfristige Sicherheit vor der Klimakatastrophe nicht gegen eine kurzfristige Sicherheit im engeren Sinne ausgespielt werden dürfe. Neben der SINUS-Jugendstudie 2020 nennt auch der Kinder- und Jugendbericht 2020 Klimapolitik als eines der wichtigsten Themen, das die Jugend bewegt (BMFSFJ 2020: 24). Auf den Klimastreikdemos von *Fridays for Future* im März und November 2019 jeweils in Bremen und Berlin stimmten gerade einmal 1% der Befragten laut einer Studie von Moritz Sommer et al. (2020: 37) der Aussage zu: „Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf die Regierungen (bzw. auf Unternehmen und Markt) verlassen“. Es ist die Überzeugung der meisten Befragten, dass wirksame politische Maßnahmen gegen den Klimawandel von egoistischen wirtschaftlichen Interessen und kurzsichtiger Klientelpolitik ausgebremst werden (SINUS-Jugendstudie 2020: 413). Zum Vorschein tritt hier erneut das Gefühl junger Menschen, keinen Einfluss auf das Geschehen zu haben. Wirksame Maßnahmen gebe es bereits, jedoch würden die Entscheidungstragenden diese nicht umsetzen und somit gegen das genuine Interesse der jungen

Generation handeln. Was sie anprangern, ist letztlich die Verletzung eines Generationenvertrags, der gleiche Chancen erhalten und ermöglichen sollte.

Auffällig ist, dass trotz der Vertrauensverluste in die institutionelle Politik ein Großteil der Jugendlichen mit ihrer Teilnahme bei *Fridays for Future* Druck auf die Politik aufbauen will und damit in der Logik der Repräsentation verhaftet bleibt (Sommer et al. 2020: 36). Demgegenüber fordern Jugendliche dem Kinder- und Jugendbericht 2020 zufolge, sehr wohl auch mehr Räume und Gelegenheiten, politische Informationen zu bekommen und sich darüber auszutauschen (BMFSFJ 2020: 49). Viele fühlen sich „nicht ausreichend befähigt“ an der Demokratie mitzuwirken, da sie zu wenig Wissen und Kompetenzen hätten – Hindernisse, die sich den Autor:innen zufolge durch politische Bildung verringern ließen (BMFSFJ 2020: 54). Nicht-formale Politikformen und die Erfahrungen Jugendlicher in sozialen Bewegungen können dabei sogar als Anknüpfungspunkte für politische Bildungsarbeit dienen (vgl. Lüders 2021).

4.5 (RECHS-)POPULISTISCHE JUGEND?

Neben eher progressiven Bewegungen war jüngst aber auch ein gesellschaftliches Erstarken regressiver Politiken zu beobachten (Mullis/Zschocke 2019). Es zeigt sich, dass Erfahrungen des Ausgeschlossenenseins von demokratischen Prozessen und gesellschaftlicher Teilhabe eben auch ein zentraler Motor für extrem rechte Einstellungen sind (Decker/Brähler 2020: 75–76, 296–297, Heitmeyer 2018). Damit schaffen die für die Jugend skizzierten Entwicklungen auch einen Nährboden für repressive Politiken. Einen Einblick in diese Einstellungen junger Menschen bietet die Autoritarismus-Studie. Darin untersuchten die Autor:innen 2020 die Verbreitung extrem rechter Einstellungen, wofür Rechtsextremismus in sechs Dimensionen operationalisiert wurde: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Mit Blick auf die Jugend zeigte sich, dass extrem rechte Einstellungen durchaus präsent sind, sie keinesfalls weniger ausgeprägt sind als innerhalb der Gruppe der 31- bis 60-Jährigen und dass sie unter Jugendlichen im Osten deutlich stärker ausfallen als im Westen der Republik (vgl. Abbildung 4, Decker/Brähler 2020: 54).

Sehr deutlich wird dies am Beispiel der *Haltung zu einer potenziellen rechtsautoritären Diktatur*: In Ostdeutschland befürworteten diese 15,7% der 14- bis 30-Jährigen und damit deutlich mehr als bei den 31- bis 60-Jährigen (8,5%) und den über 61-Jährigen (2,0%). In Westdeutschland hingegen waren es nur 2,2% in der Altersgruppe zwischen 14 und 30, die eine rechtsautoritäre Diktatur befürworteten – nur wenig mehr als die älteren Gruppen (2,0% bzw. 1,1%). Ähnliche Ergebnisse ergaben sich bei der Dimension *Sozialdarwinismus*, womit politische Haltungen bezeichnet werden, die die evolutionstheoretischen Annahmen Charles Darwins auf die Gesellschaft übertragen und aus dieser „Biologisierung des Sozialen“ ein angeborenes Recht des Stärkeren betonen, das eng mit rassistischen Ideologien verknüpft ist. Solche Einstellungen vertraten in der Altersgruppe 14 bis 30 in Ostdeutschland 5,6%, während es in der mittleren etwas weniger (4,4%) und in der ältesten Gruppe (1,0%) kaum ausgeprägt war. Ihre jugendlichen Peers in Westdeutschland vertraten hingegen nur zu 1,8% solche konkurrenzbetonten Haltungen.

		14–30 Jahre ¹	31–60 Jahre ²	ab 61 Jahre ³
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Ost	15,7**	8,5**	2,0
	West	2,2	2,0	1,1
Antisemitismus	Ost	6,5*	5,8*	3,1
	West	2,6	3,2	3,9
Sozialdarwinismus	Ost	5,6*	4,4*	1,0
	West	1,8	1,5	1,9
Verharmlosung Nationalsozialismus	Ost	3,7	3,8*	3,1
	West	2,2	1,8	2,1
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	Ost	18,5**	24,6**	17,5
	West	7,8	13,5	13,7
Ausländerfeindlichkeit	Ost	27,8**	32,5**	13,4
		11,2	15,2	13,0

¹Ost: N = 110; West: N = 206 ²Ost: N = 294; West: N = 1.020 ³Ost: N = 99; West: N = 473
 Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05, signifikante Unterschiede im Ost-West-Vergleich der jeweiligen Altersgruppe

Abb. 4: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Abhängigkeit vom Alter (in %). Abbildung aus: Decker/Brähler 2020, S. 54, © Psychosozial-Verlag Gießen.

Die Frustration über mangelnde Partizipation bei Jugendlichen führt, wie auch bei Erwachsenen, nicht unmittelbar zu rechtsextremen Einstellungen, stellt aber einen fruchtbaren Boden dar. Belegt hat die Shell-Jugendstudie (2019) sodann eine Tendenz zu populistischen Haltungen. Dabei gelte: Je höher die Bildungsdisposition und je gehobener die „Herkunftsschicht“, desto geringer die Populismusaffinität (Shell Jugendstudie 2019: 77, 81–82). Gleichzeitig ist (vor allem in Zusammenhang mit eventuellem Rechtspopulismus/-extremismus) hervorzuheben, dass die große Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland laut der Studie von 2019 tolerant ist gegenüber anderen Lebensformen, Minderheiten und sozialen Gruppen (Shell Jugendstudie 2019: 18, 86–90). Auf Basis älterer Studien kommen Wolfgang Gaiser, Martina Gille und Johann de Rijke (2016: 6) zu dem Schluss, dass „[e]ine Krise der Demokratie, in deren Hintergrund Präferenzen für autoritäre oder radikal-undemokratische Regierungssysteme lauern, [...] bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland nicht zu erkennen“ sei. Dass dieser Befund für junge Menschen noch immer nicht falsch ist, zeigt etwa die U-18-Jugendwahl, die vor der Bundestagswahl 2021 durchgeführt wurde. Dort stimmten nur 5,84% für die AfD (10,3% bei der regulären Bundestagswahl), deutlich ausgeprägter hingegen war der Zuspruch zur NPD mit 0,42% (im Vergleich zu 0,1% bei der eigentlichen Bundestagswahl) (Der Bundeswahlleiter 2021; Deutscher Bundesjugendring 2021).⁹ Trotzdem sind die Werte der Autoritarismus-Studie besorgniserregend und Erfahrungen der politischen Machtlosigkeit können sich im Prozess der Sozialisation verfestigen und

⁹ Die Werte basieren auf 119.038 von unter 18-Jährigen abgegeben Stimmen in ganz Deutschland.

Einstellungen wandeln. Kurzum, die geringe Zustimmung unter jungen Menschen für extrem rechte Parteien, sollte nicht als Projektion auf ihr Verhalten in die Zukunft missinterpretiert werden.

4.6 PARTIZIPATION JENSEITS DER INSTITUTIONEN DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE

Ein zentraler Befund der Betrachtung des Komplexes Jugend, Corona und Demokratie liegt darin, dass repräsentative Demokratien zur Integration der Jugend in die Politik gut daran täten, Politik weiter zu fassen und neue Formen politischer Beteiligung auszuprobieren. Dieser Befund ist nicht per se neu und gilt auch nicht allein für die Jugend, entwickelt allerdings aus den Erfahrungen der Pandemie sowie der Klimakrise eine deutliche Dringlichkeit. Die gängigen Verweise auf Partizipationsverfahren reichen hier nicht aus. So verdeutlichen beispielsweise Annegret Wigger et al. (2019: 2ff), dass der Partizipationsbegriff generell zu eng ist und Partizipation auf formal institutionalisierte Beteiligungsformate begrenzt. So würden nur bestimmte Praktiken als Partizipation bzw. Politik anerkannt und andere Beteiligungsformen ausgeschlossen. Dabei reproduziere die institutionalisierte Auffassung des Begriffs bestehende (soziale) Ungleichheit und Erfahrungen mangelnder Selbstwirksamkeit. Jugendliche empfinden – wie bereits oben erwähnt – formale oder institutionalisierte Formen der Partizipation bzw. Politik oft als unattraktiv; und Formen, die ihnen zusagen, gelten nicht als Politik (ebd.: 2–3). Ein solch einengendes Verständnis würde dazu verleiten, auf „Defizitzuschreibungen“ zurückzugreifen – nach dem Motto, Jugendlichen mangle es an Motivation, Information oder Kompetenz (ebd.: 14). Wiederholt wird im Diskurs vor einer *Scheinpartizipation* gewarnt, „das heißt Selbst- und Mitbestimmung werden – oftmals auch strategisch – inszeniert, ohne dass die Schülerinnen und Schüler ein reales Mitbestimmungsrecht bekommen oder tatsächlich über Entscheidungsalternativen verfügen“ (Reisenauer 2020: 14). Dies sei einerseits problematisch, da somit das Kinderrecht auf Partizipation unterlaufen werde, andererseits unter anderem deshalb, weil Scheinpartizipation zu noch mehr Frust, Vertrauensverlust oder Resignation führen könne als gar keine Mitbestimmung (vgl. Reisenauer 2020: 14; Reitz 2015: 7).

Wigger et al. (2019: 14) schlagen daher ein Verständnis von Partizipation vor, das über den Aspekt der Teilnahme hinaus geht und außerdem auf die Teilhabe fokussiert. Die Perspektive auf Teilhabeansprüche ermögliche, Partizipation als Prozess von Aneignung und Vergegenständlichung zu verstehen. Jessica Lütgens und Yağmur Mengilli (2019: 115) schließen sich der Forderung nach einer Öffnung des Partizipationsbegriffs an. Bei einem Fokus auf institutionalisierte Beteiligungsformen würden die Defizite der formalen Repräsentationsstrukturen selbst übersehen und missachtet. Stattdessen müssten die vorgegebenen Chancen der Partizipation für die Jugend hinterfragt werden. In ihre Analyse beziehen sie auch Jugendkulturen ein, da diese (neben Orten von Freizeit, Identitätsarbeit und Wir-Gefühl) Orte der Repräsentation und Selbst-Repräsentation seien: Jugendliche würden angeeignete und selbstorganisierte jugendkulturelle Praktiken nutzen, „um sich und eigene Inhalte innerhalb eines sozialen Gefüges, wie der Stadtöffentlichkeit zu positionieren“ (ebd. 2019: 115). In der von Erwachsenen dominierten Welt wollen Jugendliche Lütgens und Mengilli zufolge sich und ihre Interessen zum Ausdruck bringen, „ohne sich über die vorgeschriebenen Formate und Deutungssysteme entfremdet zu fühlen“ (ebd. 2019: 129). Auch Gille (2018: 17–18) führt an, dass konventionelle

Formen der Beteiligung für Jugendliche weniger attraktiv sind. Vielmehr bevorzugen sie themenbezogene, protestorientierte oder andere informelle Aktionen, die beispielsweise auch im Internet stattfinden können. Dazu würden unter anderem Unterschriftensammlungen, Konsumboykotte, Internetkampagnen oder Demonstrationen zählen. Eine große Rolle für die politische Mobilisierung junger Menschen komme dabei digitalen Medien zu. Jugendliche müssten aber insgesamt mehr politische Wirksamkeit erfahren, hierfür wird im 16. Kinder- und Jugendbericht vorgeschlagen, das gesetzliche Wahlalter auf allen föderalen Ebenen zu senken und mehr tatsächliche Partizipation an Schulen zu ermöglichen. Einschränkend halten die Autor:innen fest, dass „diese Öffnungs- und Erweiterungsprozesse [...] systematisch durch politische Bildung“ begleitet werden müssen (BMFSFJ 2020: 72–73).

Dementsprechend liegt es nicht nur an den Jugendlichen, sich politisch stärker zu beteiligen, um das Problem der fehlenden Repräsentation anzugehen, sondern es ist maßgeblich die Aufgabe der demokratischen Akteur:innen, Jugendlichen zuzuhören, diese einzubinden und um das Vertrauen der Jugendlichen in die repräsentative Demokratie zu kämpfen. Es liegt beim (politischen) Umfeld, die Chancen für jugendliche Partizipation zu vergrößern und alternative Formen der Beteiligung stärker zu berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf Schulen gelegt werden, da Kinder und Jugendliche hier wichtige erste Erfahrungen in Bezug auf demokratische Praxis und Teilhabe machen. Die zumeist vermittelte politische Bildung bezieht sich auf das politische System und sein Funktionieren, Demokratie im alltäglichen Handeln wird hingegen weit weniger praktiziert (vgl. Freiwald 2022).

5. FAZIT UND AUSBLICK

Die Rolle der Jugend und ihre Einstellungen haben in den Debatten um Postdemokratie und die Krise der Demokratie bisher kaum eine Rolle gespielt. Die Erfahrungen Jugendlicher in der Coronapandemie haben wir deshalb zum Anlass genommen, das Verhältnis von Jugend und Demokratie in Deutschland genauer zu betrachten. Während der Pandemie ist die politische Deprivation von Jugendlichen besonders deutlich geworden. Wir haben gezeigt, wie wenig die Betroffenheit der Jugend insbesondere zu Beginn der Pandemie in der öffentlichen Diskussion wahrgenommen wurde. Jugendliche hatten vielmals das Gefühl, auf ihre Funktionsrollen beispielsweise als Schüler:innen oder Studierende reduziert zu werden, ohne dass sie in ihren Bedürfnissen und Belangen gehört wurden. Im Gegenteil wurde medial sogar ein Bild gezeichnet, das Jugendliche als besonders unverantwortlich darstellte und ihnen unterstellte, keine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen.

Die Unzufriedenheit über die mangelnde Anerkennung der Gesellschaft für die sozialen Entbehnungen, die auch sie trafen, bringen Jugendliche in diversen Studien immer wieder zum Ausdruck. Die Erfahrung, nicht gehört zu werden, ist für Jugendliche dabei kein Phänomen, das erst mit Corona entstanden ist. Vielmehr lässt sich ein längerfristiger Trend politischen Desinteresses oder gar einer diffusen Grundstimmung der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen ausmachen, das mit dieser Erfahrung in Verbindung steht. Viele Jugendliche fühlen sich von der Politik in Deutschland nicht repräsentiert und dieses Gefühl hat sich in der Pandemie nochmals verstärkt. Auf der anderen Seite

lässt sich beobachten, dass Jugendliche sich außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie, wie beispielsweise in sozialen Bewegungen, in politischen Meinungsäußerungen in den sozialen Medien oder in themenspezifischen Kampagnen vermehrt engagieren und sich so auch immer wieder erfolgreich Gehör verschaffen.

Insgesamt ziehen wir vier Schlussfolgerungen aus der Analyse des Komplexes Corona, Jugend und Krise der Demokratie, woraus auch Ansatzpunkte für die Stärkung der Demokratie in Deutschland abgeleitet werden können.

Erstens braucht es ein breiteres Politikverständnis, um die mannigfaltigen Formen demokratischer Politik in der Gesellschaft sichtbar zu machen und diese zu stärken. Der einseitige Fokus auf die repräsentative, institutionalisierte Politik beschränkt den Vorstellungsraum dessen, was Politik sein kann und wie sie zum Ausdruck kommt. Ein zu enges Verständnis von Politik – nicht nur im Hinblick auf die Jugend – verstellt den Blick auf real stattfindende offene, inklusive und partizipatorische demokratische Politik. Diese wichtigen Impulse für das Überwinden der Krise der Demokratie drohen ungenutzt zu bleiben. Gerade von Jugendlichen werden maßgeblich nicht-formale Politikformen genutzt, diese gilt es als Politik zu verstehen, sichtbar zu machen, zu verstärken und zu fördern.

Zweitens zeigen sich in dem Verhältnis der Krise der Demokratie zu den jungen sozialen Bewegungen die Grenzen der repräsentativen Logik. Die von uns skizzierte Gleichzeitigkeit von Politisierung und Politikverdrossenheit weist darauf hin, dass die repräsentative Demokratie die Stimmen vieler Jugendlicher nicht integrieren kann. Dies gilt gleichermaßen für die Verdrossenen als auch für die politisch Aktiven. So führt auch der Aktivismus in sozialen Bewegungen nicht direkt zu einer Stärkung der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen. Denn Demokratie wird in den Bewegungen zwar politisch gelebt, findet aber kaum Eingang in die staatlichen Organe und Entscheidungsprozesse. Damit besteht das Paradox, dass die aktuelle Ausweitung demokratischer sozialer Bewegungen das Vertrauen in politische Institutionen und etablierte demokratische Verfahren eher zu mindern als zu bestärken droht. Das Übersetzen des jugendlichen Engagements in Zuspruch zur etablierten Demokratie steht also unter dem Vorbehalt, dass bestehende Institutionen bereit sind, sich selbst weiter zu demokratisieren und Formen der Teilhabe jenseits der repräsentativen Logik zu entwickeln.

In diesem Sinne erweist es sich *drittens* als notwendig, alltägliche Angebote zur demokratischen Teilhabe grundlegend auszuweiten. Jugendliche machen ihre Ohnmachts- und politische Entfremdungserfahrungen wesentlich in Bereichen, die im gängigen Sinne nicht als politisch gelten: in der Schule, am Arbeitsplatz, in Sportvereinen, im öffentlichen Raum usw.. Es gilt also auch diese Bereiche zu demokratisieren und Mitsprache zu ermöglichen. Selbstwirksamkeitserfahrungen von Jugendlichen müssen daher nicht allein auf allen politischen Skalen gestärkt werden, sondern in der Breite des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Dies zu ermöglichen ist auch Aufgabe einer politischen Bildungsarbeit (nicht nur für Jugendliche), die Denk- und Handlungsräume für eine lebendige Demokratie eröffnet. Vor dem Hintergrund der Unterscheidung von Partizipation und Teilhabe sollten die so eröffneten politischen Räume nicht einzig die Möglichkeit zur Mitentscheidung bieten, sondern darüber hinaus aktiv zur Mitarbeit beziehungsweise Teilhabe der Jugendlichen einladen. Insbesondere in Schulen muss die Stärkung von Teilhabe Teil jedes Unterrichtsfaches und der Ausbildung der Lehr-

kräfte werden. Im Hinblick auf das transgenerationale Fortbestehen demokratischer Gesellschaften ist jede Demokratie darauf angewiesen, dass – *schon* die jugendlichen – Bürger:innen auf möglichst vielen Ebenen aktiv mitgestalten können. Die Forderungen nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre scheinen in diesem Lichte eine sinnvolle Initiative, reicht aber nicht aus.

Viertens bedarf es der Stärkung von sozialer Gerechtigkeit, um demokratische Teilhabeansprüche in der Breite der Gesellschaft zu ermöglichen und bestehenden strukturellen Ausschlüssen entgegenzuwirken, die bereits unter Jugendlichen ihre Wirkung zeigen. Die Pandemie hat die bestehenden sozialen Ungleichheiten, Bildungschancen sowie Teilhabemöglichkeiten sehr sichtbar gemacht und sie dabei zusätzlich verschärft. Wir haben es also auch mit einer sozio-ökonomisch fragmentierten Jugend zu tun. Wer sich desillusioniert von der Politik abwendet und sich von demokratischer Teilhabe zurückzieht und wer sich politisch engagiert, in sozialen Bewegungen aktiv ist oder anders politischen Protest zeigt, ist strukturell entlang von sozio-ökonomischen Verhältnissen und dem Bildungshintergrund der Familien abhängig. Auch hier, wie unter den Erwachsenen, sind es vor allem die bessergestellten und besser gebildeten, die sich für gegenwärtige Demokratie einsetzen und deren Unterstützung zunehmend auf dem Spiel steht, während sich Jugendliche aus schwächeren sozio-ökonomischen Verhältnissen häufiger keine Hoffnungen darauf machen, dass sie politisch etwas verändern könnten. Nicht nur diese Spaltung, die sich in der Pandemie noch verstärkt hat, zeigt die gegenwärtigen Defizite der realexistierenden repräsentativen Demokratie auf, sondern auch der Fakt, dass insgesamt das gesunkene Vertrauen in die institutionalisierte Politik zu anderwärtigem politischem Engagement führt. Demokratisierung der Gesellschaft und Absicherung vor autoritären Tendenzen besteht nicht allein in der Ausweitung von sozialer Gerechtigkeit – aber ohne soziale Gerechtigkeit, wird Demokratie stets an den eigenen Ansprüchen scheitern.

- Aachener Zeitung (2020): Landesschülervertretung äußert Verständnis für Schulstreiks; https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/landesschuelervertretung-aeussert-verstaendnis-fuer-schulstreiks_aid-54787915 (Zugriff am 2.2.2022).
- Alberth, Lars (2022): Wie geht es den Kindern in Zeiten von Corona? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Kinder und Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, 72: 13/14, 33–40.
- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie, Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim.
- Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament [APuZ] (2021): Jugend und Protest, Bundeszentrale für politische Bildung, 71: 38/39.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021): Fragt uns 2.0. Corona-Edition – Anmerkungen von jugendlichen Expert:innen zum Leben von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie, Gütersloh.
- Betsch, Cornelia/Wieler, Lothar/Bosnjak, Michael/Ramharter, Michael/Stollorz, Volker/Omer, Saad/Korn, Lars/Sprengholz, Philipp/Felgendreff, Lisa/Eitze, Sarah/et al. (2020): Germany COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO Germany): Monitoring Knowledge, Risk Perceptions, Preventive Behaviours, and Public Trust in the Current Coronavirus Outbreak in Germany. In: PsychArchives; DOI: 10.23668/PSYCHARCHIVES.2776.
- Birke, Peter/Keil, Daniel/Bäckermann, Louisa/Reinhardt, Darius (2021): Einleitung: Soziale Kämpfe in pandemischen Zeiten. In: Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), Corona und Gesellschaft – Soziale Kämpfe in der Pandemie, Wien: Mandelbaum Verlag, 7–29.
- Blühdorn, Ingolfur (2011): Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, 44–73.
- Bovens, Mark/Wille, Anchrit (2017): Diploma Democracy, Oxford: Oxford University Press.
- Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten ... In: Agamben, Giorgio (Hrsg.), Demokratie? Eine Debatte. Deutsche Erstausgabe, Berlin: Suhrkamp, 55–71.
- Bruhn, Eiken (2020): „Schüler:innen organisieren Halbgruppen: Revolutionäres angezettelt“. Die Tageszeitung: taz, 14. Dezember 2020; <https://taz.de/!5733520/> (Zugriff am 25.2.2022).
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan, 31: 4, 470–495.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (Hrsg.) (2020): Palentien, Christian et al., 16. Kinder und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.
- Charim, Isolde (2018): Ich und die Anderen: wie die neue Pluralisierung uns alle verändert, Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Deutsche Erstausgabe, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Jōji (1975): The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York: New York University Press.

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) 2020: *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (Leipziger Autoritarismus Studie 2020), Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Der Bundeswahlleiter (2008): *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*; https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf (Zugriff am 16.9.2021).
- Der Bundeswahlleiter (2021): *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 – Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen*; https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/50_21_vorlaeufiges-ergebnis.html (Zugriff am 2.2.2022).
- Deutscher Bundesjugendring (2021): *Jugendwahl 2021. U18 Bundestagswahl 2021*; <https://www.u18.org/start> (Zugriff am 4.10.2021).
- Deutscher Bundestag (2021): *Kürschners Volkshandbuch – Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode (2017-2021)*. 153. Aufl. Darmstadt: Neue Darmstädter Verlagsanstalt; <https://www.btg-bestellservice.de/index.php?navi=1&subnavi=50&anr=10037700> (Zugriff am 2.2.2022).
- Deutschlandfunk (2020): *Coronavirus – In Deutschland formiert sich eine Schulstreik-Bewegung*. Deutschlandfunk; https://www.deutschlandfunk.de/coronavirus-in-deutschland-formiert-sich-eine-schulstreik.1939.de.html?drn:news_id=1122503 (Zugriff am 21.4.2020).
- Die Falken Erfurt (2021): *Nicht auf unseren Nacken! – Offener Brief von Erfurter Realschüler:innen und den Falken Erfurt. Die Falken – Sozialistische Jugend in Erfurt*; <https://falken-erfurt.de/nicht-auf-unseren-nacken/> (Zugriff am 4.10.2021).
- Dresdner Neue Nachrichten (2021): *Sorge vor Corona-Ansteckung. Schüler wehren sich mit Petition gegen Schulanfang in Sachsen*; <https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Corona-Schulstreik-Schueler-in-Sachsen-starten-Petition-gegen-Schulanfang> (Zugriff am 2.2.2022).
- Freiwald, Bent (2022): *Wo wir die Demokratie verlernen? In der Schule!*. Krautreporter, 28.3.2022; <https://krautreporter.de/3184-wo-wir-die-demokratie-verlernen-in-der-schule> (Zugriff am 11.4.2022)
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2016): *Einstellungen junger Menschen zur Demokratie. Politikverdrossenheit oder politische Kritik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Repräsentation in der Krise? Bundeszentrale für politische Bildung*, 66: 40/42, 4–11.
- Gille, Martina (2018): *Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis*. In: *DJI Impulse 119. Deutsches Jugendinstitut*, 16–19.
- Gille, Martina (2021): *Jugend und Politik*. In: *Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall, Stefan/Woyke, Wichard (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 413–420.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*, Berlin: Suhrkamp.
- Janson, Matthias (2021): *13 Prozent der Wirtschaft direkt von Lockdown betroffen*; <https://de.statista.com/infografik/amp/24068/anteile-der-wirtschaftsbereiche-an-der-gesamten-bruttowertschoepfung-deutschlands/> (Zugriff am 11.4.2022)

- JuCo (2021): Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/ Wilmes, Johanna: Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kahraman, Hatice (2021): Wie hilfeschuchende Kinder während der Pandemie allein gelassen werden. correctiv.org; <https://correctiv.org/aktuelles/gesundheit/2021/05/28/wie-hilfesuchende-kinder-waehrend-der-pandemie-allein-gelassen-werden/> (Zugriff am 11.1.2022).
- Kemper, Claudia (2021): Deutsche Protestgeschichte – Protestbewegung und -kultur seit 1945. In: Neuser, Hanna-Lena/Graeve, Maximilian/Wolff, Robert (Hrsg.): Was ist mit der Jugend los? Protestbewegung und Protestkultur im 20. und 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, 45–56.
- King, Vera (2020): Zur Theorie der Jugend Problemstellungen – Konstitutionslogik – Perspektiven. In: Heinen, Andreas/Wiezorek, Christine/Willems, Helmut (Hrsg.): Entgrenzung der Jugend und Verjugendlichung der Gesellschaft – Zur Notwendigkeit einer »Neuvermessung« jugendtheoretischer Positionen, Weinheim: Beltz Juventa, 39–53.
- King, Vera (2021): Autoritarismus als Regression. In: Blättler, Sidonia/Honneth, Axel/Rebentisch, Juliane/Sutterlüty, Ferdinand (Hrsg.), Destruktivität und Regression im Rechtspopulismus, Frankfurt am Main: Campus, 87–102.
- Kirndörfer, Elisabeth (2021): Wenn Alltagsorte und soziale Routinen wegbrechen – die Auswirkung von Covid-19 auf die Leben junger Geflüchteter und Asylsuchender in Leipzig. In: Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), Corona und Gesellschaft Soziale Kämpfe in der Pandemie, Wien: Mandelbaum Verlag, 92–105.
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzingen: Reclam.
- Lüders, Christian (2021): Protest als Ressource – Jugendprotest und soziale Bewegungen als Räume politischer Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Jugend und Protest, Bundeszentrale für politische Bildung, 71: 38/39, 23–28.
- Lütgens, Jessica/Mengilli, Yağmur (2019): „Wir repräsentieren uns selbst“. Das jugendkulturelle Repräsentationsdilemma. In: Axel/Reutlinger, Christian/Walther, Andreas/Wigger, Annegret (Hrsg.): Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte, Wiesbaden, 115–131.
- Majurani, Mayls (2021): Wegen Wechselunterricht: Schul-Streik in Bayern weitet sich aus. Schüler haben zwei Dinge im Fokus. Merkur.de; <https://www.merkur.de/bayern/nuernberg/schulen-streik-bayern-nuernberg-corona-fos-homeschooling-wechselunterricht-abitur-zr-90189208.html> (Zugriff am 2.6.2021).
- Manow, Philip (2021): (Ent)-Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Repräsentation in der Krise? Bundeszentrale für politische Bildung, 40/42, 4–11.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische: wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Mullis, Daniel (2018): G20 in Hamburg: Politik, Unvernehmen, Ausnahmezustand und das Ende der Postdemokratie. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 6, 1, 29–50.
- Mullis, Daniel (2020): Mit der Corona-Krise in eine autoritär-individualistische Zukunft? Fünf Dimensionen gesellschaftlicher Transformation. <https://blog.prif.org/2020/04/21/mit-der-corona-krise-in-eine-autoritaer-individualistische-zukunft-fuenf-dimensionen-gesellschaftlicher-transformation/> (Zugriff am: 1.4.2022).
- Mullis, Daniel (2021): Peripherien und Zentralitäten: Geographien von Covid-19: Überlegungen zu Roger Keils Beitrag zu der translokalen Vorlesungsreihe „Geographien von Covid-19“ sowie der sub\urban-Debatte zum „Ende des Städtischen“. sub\urban. In: Zeitschrift für Kritische Stadtforschung, 9: 3/4, 303–318; DOI: 10.36900/suburban.v9i3/4.707.
- Mullis, Daniel/Schipper, Sebastian (2013): Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? In: Zeitschrift für Kritische Stadtforschung, 1: 2, 79–100; DOI: 10.36900/suburban.v1i2.97.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF Report 5. Frankfurt am Main.
- Neuser, Hanna-Lena, Maximilian Graeve, und Robert Wolff (2021): „Kein Luftleerer Raum – Gesellschaftlicher Rahmen von Protestbewegungen“. In: Neuser, Hanna-Lena/Graeve, Maximilian/Wolff, Robert (Hrsg.): Was ist mit der Jugend los? Protestbewegung und Protestkultur im 20. und 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, 15–28.
- Niedermayer, Oskar (2020a): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020. In: Freie Universität Berlin (Hrsg.), Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum; DOI: 10.17169/REFUBIUM-27714.
- Niedermayer, Oskar (2020b): Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliederschaften. Bundeszentrale für politische Bildung (BPB); <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung> (Zugriff am 10.9.2021).
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oppelt, Tanja (2021): Nürnberger Abiturienten verweigern weiter Präsenzunterricht. br24; <https://www.br.de/nachrichten/bayern/nuernberger-abiturienten-verweigern-praesenzunterricht,SNmjvp9> (Zugriff am 2.6.2021).
- Quenzel, Gudrun/ Hurrelmann, Klaus (2022): Lebensphase Jugend: eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 14. überarbeitete Auflage, Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane/Adedeji, Adekunle/Devine, Janine/Erhart, Michael/Napp, Ann-Kathrin/Becker, Marcia/Blank-Stellenmacher, Ulrike/Löffler, Constanze/ et al. (2020): Psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. In: Robert Koch-Institut; DOI: 10.25646/8896.
- Reisenauer, Cathrin (2020): Kinder- und Jugendpartizipation im schulischen Feld. 7 Facetten eines vielversprechenden Begriffs. In: Gerhartz-Reiter, Sabine/Reisenauer, Cathrin (Hrsg.): Partizipation

- und Schule. Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, Wiesbaden: Springer, 3–22.
- Reitz, Sandra (2015): Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Partizipation. Was aus menschenrechtlicher Sicht im Bildungsbereich getan werden muss. Policy Paper 31. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Rucht, Dieter/Simon Teune (2017): Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel. In: Daphi, Priska /Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune Simon (Hrsg.): Protest in Bewegung?, Leviathan, 1: 33, 9–34; DOI: 10.5771/9783845288413-8.
- Saar, Martin (2019): Ohnmacht und Unfreiheit. Demokratische Politik nach der Postdemokratie. In: Bohmann, Ulf/Sörensen, Paul (Hrsg.), Kritische Theorie der Politik, Berlin: Suhrkamp, 473–493.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression: die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Schnaas, Dieter (2021): Die verachtete Jugend. In: Wirtschaftswoche, 9. Mai 2021; <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-die-verachtete-jugend/27172164.html> (Zugriff am 2.2.2022).
- Schnetzer, Simon, Hurrelmann Klaus (2021): Jugend 2021 – Pandemie, Protest, Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Jugend und Protest. Bundeszentrale für politische Bildung, 7: 38/39, 4–10.
- Schreiter, Annika (2018): Von der Schulbank an die Wahlurne: politische Kommunikation Jugendlicher im Wandel der Lebenskontexte nach dem Schulabschluss., München: Kopaed.
- Schubarth, Wilfried (2020): „Wir wollen wieder in die Schule“. Schule als sozialen Ort (wieder)entdecken. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Schule, Bundeszentrale für politische Bildung, 70: 51, 28–33.
- Schwartz, Helge (2019): Migration und radikale Demokratie: Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA, Bielefeld: transcript Verlag.
- Shell Jugendstudie (2019): Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/Kantar: Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort, Weinheim: Beltz.
- SINUS Jugendstudie (2020): Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Edwards, James/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Inga/Schleer, Christoph. Wie ticken Jugendliche?, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian/Gardner, Beth Gharrity/Neuber, Michael/Rucht, Dieter (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.), Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld: transcript Verlag, 15–66.
- Spittler, Marcus (2020): Corona – Eine Generationenfrage? In: TUI Stiftung, Junges Deutschland in Zeiten von Corona, Hannover: TUI Stiftung, 3–9.

- Stu.diCo (2020): Traus, Anna/Höffken, Katharina/Thomas, Severine/Mangold, Katharina/Schröer, Wolfgang: *Stu.diCo. – Studieren digital in Zeiten von Corona*, Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim; DOI: 10.18442/150.
- tagesschau.de (2020): Umfrage bei Lehrern: Schulen digital kaum gewappnet; <https://www.tagesschau.de/inland/corona-lehrer-101.html> (Zugriff am 27.9.2021).
- TUI Stiftung (2020): *Junges Deutschland in Zeiten von Corona*, Hannover: TUI Stiftung.
- TUI Stiftung (2021): *Junges Europa 2021. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren*, Hannover: TUI Stiftung.
- Verstegen, Guido (2021): FOS-Schüler im Sitzstreik. Für ein gerechtes Corona-Abitur; <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/fos-schueler-im-sitzstreik-fuer-ein-gerechtes-corona-abitur-art-709809> (Zugriff am 2.6.2021).
- Vodafone-Jugendstudie (2022): *Hört uns zu – Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen*, Düsseldorf: Vodafone Stiftung Deutschland.
- Wienkoop, Nina-Kathrin (2021): *Wer dazu gehört und gehört wird – Teilhabe im Jugendengagement*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Jugend und Protest*, Bundeszentrale für politische Bildung, 71: 38/39, 17–22.
- Wigger, Annegret/Pohl, Axel/Reutlinger, Christian/Walther, Andreas (2019): *Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Eine Annäherung*. In: Axel/Reutlinger, Christian/Walther, Andreas/Wigger, Annegret (Hrsg.): *Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte*. Wiesbaden, 1–22.

PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Pfeifer, Hanna/Geis, Anna/Clément, Maéva (2022): The Politics of Recognition, Armed Non-State Actors, and Conflict Transformation, PRIF Report 4/2022, Frankfurt/M.

Mannitz, Sabine/Drews, Friederike (2022): Canada's Violent Legacy. How the Processing of Cultural Genocide is Hampered by Political Deficits and Gaps in International Law, PRIF Report 8/2019, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Reports
www.hsfk.de/HSFK-Reports

PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Wolff, Jonas (2022): Deutsche Demokratieförderpolitik. Ampelkoalition auf Kurswechsel?, PRIF Spotlight 4/2022, Frankfurt/M.

Gromes, Thorsten (2022): Bürgerkriege beenden. Militärische Siege und Friedensabkommen im Vergleich, PRIF Spotlight 3/2022, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Spotlights

PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.


PRIF BLOG 

<https://blog.prif.org/>

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf www.hsfk.de heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: publikationen@hsfk.de.

 www.facebook.com/HSFK.PRIF

 www.twitter.com/HSFK_PRIF

 <https://blog.prif.org/>

DARIUS REINHARDT // HANNAH
FRIEDRICH // DANIEL MULLIS

**FRAGILES VERTRAUEN –
ZWISCHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN UND
POLITIKVERDROSSENHEIT
JUGEND UND DEMOKRATIE IN ZEITEN
DER CORONA-KRISE**

Wie haben Jugendliche die Corona-Pandemie in Deutschland erlebt, und wie hat sie ihr Verhältnis zu Demokratie und politischer Teilhabe beeinflusst? Die Autor:innen werten verschiedene aktuelle Jugendstudien aus und setzen sie in Beziehung zu aktuellen Debatten um die Krise der repräsentativen Demokratie. Dabei zeigen sie, dass sich bei vielen Jugendlichen das Gefühl politischer Exklusion und die Frustration über etablierte demokratische Prozesse weiter verstärkt hat. Das ist höchst problematisch, denn wenn diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, droht die Erosion der demokratischen Gesellschaft. Basierend auf ihren Analysen erarbeiten die Autor:innen Empfehlungen, wie eine demokratische Integration der Erwachsenen von morgen gelingen kann.

Darius Reinhardt studiert Politische Theorie und arbeitet als studentische Hilfskraft in dem Projekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig“. Hannah Friedrich studiert an der Universität Freiburg im Masterstudienang Politikwissenschaft. Dr. Daniel Mullis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK und leitet das oben genannte Projekt.